

**Karsten Nowrot**

„Wer Rechte hat, hat auch Pflichten!“?

Zum Zusammenhang  
zwischen völkerrechtlichen  
Rechten und Pflichten  
transnationaler  
Unternehmen

**Heft 7**

**August 2012**

**„Wer Rechte hat, hat auch Pflichten!“?  
Zum Zusammenhang zwischen völkerrechtlichen  
Rechten und Pflichten transnationaler Unternehmen**

Von

Karsten Nowrot

Institut für Wirtschaftsrecht  
Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht  
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät  
der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

*Dr. Karsten Nowrot, LL.M. (Indiana) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht (TELC) und dem Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europarecht und Internationales Wirtschaftsrecht (Prof. Dr. Tietje) an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.*

Christian Tietje (Hrsg.), Beiträge zum Europa- und Völkerrecht, Heft 7

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://www.dnb.ddb.de> abrufbar.

ISSN 1868-1182 (print)

ISSN 1868-1190 (elektr.)

ISBN 978-3-86829-512-2 (print)

ISBN 978-3-86829-513-9 (elektr.)

Schutzgebühr Euro 5

Die Hefte der Schriftenreihe „Beiträge zum Europa- und Völkerrecht“ finden sich zum Download auf der Website des Instituts bzw. der Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht unter der Adresse:

<http://institut.wirtschaftsrecht.uni-halle.de/de/node/42>

<http://telc.jura.uni-halle.de/de/node/42>

Institut für Wirtschaftsrecht  
Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht  
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Universitätsplatz 5  
D-06099 Halle (Saale)  
Tel.: 0345-55-23149 / -55-23180  
Fax: 0345-55-27201  
E-Mail: [ecohal@jura.uni-halle.de](mailto:ecohal@jura.uni-halle.de)

## INHALTSVERZEICHNIS

A. Einführung .....	5
B. Transnationale Unternehmen als völkerrechtliche Berechtigungssubjekte .....	8
C. „Wer Rechte hat, hat auch Pflichten“ als Argument in der Völkerrechtslehre .....	12
D. Der Zusammenhang zwischen Rechten und Pflichten vor dem Hintergrund der traditionellen Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität .....	15
E. „Noch falsch“ oder „schon richtig“?: Der Argumentationsansatz im Lichte der gegenwärtigen Diskussion über das Konzept der Völkerrechtssubjektivität.....	19
I. Ausdrückliche Infragestellung der traditionellen Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität .....	21
II. Implizite Infragestellung der herkömmlichen Völkerrechtsdogmatik.....	23
F. Ausblick .....	26
Schrifttum .....	28



## A. Einführung\*

Transnationale Unternehmen gehören zu den prägenden Steuerungssubjekten des gegenwärtigen internationalen Wirtschaftssystems.<sup>1</sup> Bereits ihre ökonomische Bedeutung ist kaum zu überschätzen. Dies zeigt sich unter anderem an dem Umstand, dass die für diese Wirkungseinheiten<sup>2</sup> charakteristische Tätigkeit von ausländischen Direktinvestitionen<sup>3</sup> heute einen, wenn nicht sogar den zentralen Bestandteil des Weltwirtschaftssystems darstellt.<sup>4</sup> Überdies macht der Waren- und Dienstleistungshandel zwischen den verschiedenen in- und ausländischen Tochtergesellschaften und Zweigstellen innerhalb der Unternehmen – der so genannte „intra-firm trade“ – circa ein Drittel des Welthandelsvolumens insgesamt aus.<sup>5</sup> Vor diesem Hintergrund erscheint es wenig verwunderlich, dass die bedeutendsten der gegenwärtig über 82.000 transnationalen Unternehmen<sup>6</sup> Umsätze in einer Größenordnung erzielen, „die das Brutto-sozialprodukt einer großen Zahl von, wenn nicht sogar der meisten Staaten der Welt übersteigt“.<sup>7</sup> Viele von ihnen sind jedoch nicht allein aus ökonomischer Perspektive zu machtvollen Wirkungseinheiten geworden. Vielmehr lässt sich auch eine wachsende Beteiligung an den internationalen Entscheidungs- und Rechtssetzungsprozessen nachweisen.<sup>8</sup> Auf diese Weise leisten sie einen erheblichen Beitrag zur „inherent heterogeneity of modern partnerships in international law-making and international law adjudication“.<sup>9</sup>

\* Dieser Beitrag basiert auf einem Vortrag des Verfassers im Rahmen der Assistententagung Internationales Wirtschaftsrecht „Rechte und Pflichten multinationaler Unternehmen in der globalisierten Wirtschaft“ an der Ruhr-Universität Bochum im Juni 2009.

<sup>1</sup> Allgemein zum Begriff des Steuerungssubjekts und den hiervon umfassten Akteurskategorien im internationalen Wirtschaftssystem *Nowrot*, in: Tietje (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 2, Rn. 1 u. 8 ff.

<sup>2</sup> Der Begriff der Wirkungseinheit selbst geht in diesem Zusammenhang zurück auf *Mosler*, BDGV 4 (1961), 39 (44 f.).

<sup>3</sup> Zu den im Einzelnen umstrittenen konstitutiven Merkmalen transnationaler Unternehmen *Wildhaber*, BDGV 18 (1978), 7 (13 ff.); *Muchlinski*, *Multinational Enterprises and the Law*, 5 ff.; *Nowrot*, *Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht*, 39 ff., m.w.N.

<sup>4</sup> Eingehender zur gegenwärtigen Bedeutung von Auslandsinvestitionen UNCTAD, *World Investment Report 2012, Towards a New Generation of Investment Policies*, 2012.

<sup>5</sup> Vgl. u.a. *Jensen*, *Nation-States and the Multinational Corporation*, 1; *Avi-Yonah*, *Columbia Journal of Transnational Law* 42 (2003), 5 (6); allgemein zur wirtschaftlichen Bedeutung transnationaler Unternehmen auch UNCTAD, *The Universe of the Largest Transnational Corporations*, 2007.

<sup>6</sup> Siehe hierzu UNCTAD, *World Investment Report 2009, Transnational Corporations, Agricultural Production and Development*, 2009, 17 u. 222 f.

<sup>7</sup> *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, *Völkerrecht*, Bd. I/2, 249; ähnlich statt vieler *Hobe*, *Der offene Verfassungsstaat*, 261; *McBeth*, *International Economic Actors*, 243 f.; *Schmidt*, in: Eberle/Ibler/Lorenz (Hrsg.), *Festschrift für Winfried Brohm*, 535.

<sup>8</sup> Ausführlich hierzu *Tully*, *Corporations and International Lawmaking*, 29 ff.; *Nowrot*, *Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht*, 214 ff.

<sup>9</sup> *Dupuy*, in: *Wolfrum/Röben* (Hrsg.), *Developments of International Law in Treaty Making*, 537 (541).

Diese Wirkungsmächtigkeit<sup>10</sup> transnationaler Unternehmen als ökonomische und politische Akteure im internationalen System birgt sowohl Chancen als auch Risiken für die Verwirklichung globaler Gemeinwohlbelange wie unter anderem dem Schutz der Menschenrechte und der Umwelt sowie der Durchsetzung von Arbeits- und Sozialstandards, welche sich zunehmend als die zentrale Zwecksetzung der heutigen Völkerrechtsordnung darstellt.<sup>11</sup> Einerseits sind transnationale Unternehmen aufgrund ihrer vielfältigen Einflussmöglichkeiten in der Lage, einen wirksamen Beitrag zur Durchsetzung von Gemeinwohlbelangen gerade auch in denjenigen Ländern zu leisten, in denen sie durch die Tätigung von Direktinvestitionen wirtschaftlich aktiv sind.<sup>12</sup> Andererseits haben sie aber auch das Potential, unmittelbar durch eigenes Handeln bzw. mittelbar durch die Unterstützung anderer staatlicher und nichtstaatlicher Akteure die effektive Verwirklichung von Menschenrechten und weiteren Staatengemeinschaftsinteressen<sup>13</sup> zu verhindern oder zumindest erheblich zu erschweren.<sup>14</sup>

Diese insgesamt betrachtet somit „janusköpfige“ Wirkungsmacht<sup>15</sup> wirft die Frage auf, ob transnationale Unternehmen über ihren zunächst einmal faktischen Einfluss hinaus auch in der Weise normativ in die internationale Rechtsordnung eingebunden sind, dass sie völkerrechtlichen Pflichten hinsichtlich der Verwirklichung globaler Gemeinwohlbelange wie dem Menschenrechts- und Umweltschutz sowie internationaler Arbeits- und Sozialstandards unterliegen<sup>16</sup> oder ob diese Akteurskategorie in die-

<sup>10</sup> Zum Begriff der „Wirkungsmächtigkeit“ vgl. bereits *Ginther*, in: Feuerstein/Parry (Hrsg.), Festschrift für Kurt Lipstein, 31 (34 f.).

<sup>11</sup> Zur Bedeutung der Verwirklichung globaler Gemeinwohlbelange im Rahmen der normativen Ordnungsstrukturen des gegenwärtigen internationalen Systems statt vieler *Simma*, RdC 250 (1994), 217 (229 ff.); *Delbrück*, in: Götz/Selmer/Wolfrum (Hrsg.), *Liber amicorum Günther Jaenicke*, 17 ff.; *Oeter*, in: Brugger/Kirste/Anderheiden (Hrsg.), *Gemeinwohl in Deutschland, Europa und der Welt*, 215 ff.; *Wolfrum*, in: Fastenrath u.a. (Hrsg.), *Essays in Honour of Judge Bruno Simma*, 1132 ff.; *Payandeh*, *Internationales Gemeinschaftsrecht*, 61 ff.; *Kleinlein*, *Konstitutionalisierung im Völkerrecht*, 2012. Vgl. vor diesem Hintergrund auch zur Zwecksetzung entsprechender Regelungsansätze auf internationaler Ebene im Hinblick auf transnationale Unternehmen bereits *Tomuschat*, AVR 21 (1983), 289 (301 f.) („Alles in allem aber handelt es sich hier um eine Entwicklung, bei der – mit internationaler Hilfe – lediglich nachvollzogen wird, was in den westeuropäischen Ländern schon längst zur Forderung und meist auch zur Realität geworden ist, nämlich die Unterordnung wirtschaftlicher Macht unter das Gemeinwohl durch die Bekräftigung der generellen Gehorsamspflicht und die Festlegung einer Reihe spezifischer Pflichten, die der Abwendung von aus empirischer Erfahrung bekannten Mißständen dienen soll.“).

<sup>12</sup> Vgl. hierzu *Kline*, *Transnational Corporations* 12 (Nr. 1, 2003), 1 ff.; *Schuppert*, *Staatswissenschaft*, 883 ff.; *Nowrot/Wardin*, *Liberalisierung der Wasserversorgung in der WTO-Rechtsordnung*, 56 ff.

<sup>13</sup> Hierzu insbesondere *Frowein*, in: Hailbronner/Ress/Stein (Hrsg.), *Festschrift für Karl Doehring*, 219 ff.

<sup>14</sup> Aus der Vielzahl an Beiträgen zu dieser Thematik vgl. nur *Krajewski*, in: Giegerich (Hrsg.), *Internationales Wirtschafts- und Finanzrecht*, 35 ff.; *Muchlinski*, in: Noortmann/Ryngaert (Hrsg.), *Non-State Actor Dynamics*, 9 ff.; *De Schutter*, in: Bekker/Dolzer/Waibel (Hrsg.), *Essays in Honour of Detlev Vagts*, 245 ff.; *Heinemann*, in: Fastenrath u.a. (Hrsg.), *Essays in Honour of Judge Bruno Simma*, 718 ff.; *Köster*, *Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit*, 21 ff.; *Nowrot*, *Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht*, 475 ff., jeweils m.w.N.

<sup>15</sup> Ähnlich z.B. *Reinisch*, *GYIL* 44 (2001), 270 (287).

<sup>16</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang zum Rekurs auf die ebenfalls „janusköpfige“ Wirkungsmacht des Staates als Basis für seine Bindung an völkerrechtliche Verhaltenspflichten hinsichtlich der Verwirklichung von Gemeinwohlbelangen *Tomuschat*, AVR 21 (1983), 289 (306) („Der Staat kann deshalb primär und (fast) ausschließlich als Adressat der Rechtsbefehle aus den internationalen

ser Hinsicht „remains ‘outside the tend’ in terms of international law“.<sup>17</sup> Unter Bezugnahme auf die wachsende normative Anerkennung dieser Wirkungseinheiten auf der Basis einer Übertragung materieller und prozessualer Rechtspositionen<sup>18</sup> lässt sich im Rahmen dieser bereits seit einiger Zeit intensiv und kontrovers geführten Diskussion dabei im rechtswissenschaftlichen Schrifttum gegenwärtig zunehmend die Argumentation nachweisen, dass transnationale Unternehmen schon durch eben diese Gewährung völkerrechtlicher Rechtspositionen zwangsläufig auch völkerrechtlichen Pflichten unterworfen seien.<sup>19</sup>

Dieser argumentative Rückschluss von einer internationalen Rechtsstellung auf die Existenz völkerrechtlicher Verhaltenspflichten – und der auf dieser Grundlage behauptete Zusammenhang zwischen dem Status eines Akteurs als völkerrechtliches Berechtigungssubjekt und seiner Position als völkerrechtliches Pflichtsubjekt<sup>20</sup> – soll im Folgenden in Bezug auf seine Bedeutung für die Grundlage und den Umfang der Völkerrechtssubjektivität transnationaler Unternehmen analysiert werden. Ausgehend

Rechtsinstrumenten in Anspruch genommen werden, weil er wegen seiner Machtmittel potentiell die stärkste Gefahrenquelle für individuelle Freiheit und sonstige Rechtspositionen darstellt, andererseits aber auch eben wegen dieser Machtmittel gleichzeitig in der Lage ist, für einen besonders effektiven Schutz Sorge zu tragen.“).

<sup>17</sup> Carver, in: International Law Association (Hrsg.), Report of the Seventy-First Session, 430 (431).

<sup>18</sup> Hierzu sogleich *infra* B.

<sup>19</sup> Vgl. beispielsweise Koh, Journal of International Economic Law 7 (2004), 263 (265) („If corporations have rights under international law, by parity of reasoning, they must have duties as well.“); Emmerich-Fritsche, AVR 45 (2007), 541 (563) („Ein Status, der den Unternehmen einseitig weitreichende, durchsetzbare Rechte zur Willkür gibt, ihnen aber keinerlei Pflichten auferlegt, ist, auch wenn Rechte und Pflichten nicht symmetrisch sein müssen, unausgewogen und verkennt den von jedem Rechtssystem vorausgesetzten Zusammenhang von Recht und Verantwortung.“); *ibid.*, 563 („Rechte und Pflichten in einer Gegenseitigkeitsbeziehung verbunden“); dies., Vom Völkerrecht zum Weltrecht, 883 („Weltrechtlich ergibt sich die menschenrechtliche Bindung der Unternehmen aus der Wechselbezüglichkeit von Rechten und Pflichten, [...]“); Geldermann, Völkerrechtliche Pflichten, 315 („Sobald eine nichtstaatliche Einheit auf der völkerrechtlichen Bühne in Erscheinung tritt – entweder durch eine einzige schwache völkerrechtliche Rechtsposition oder durch eine originäre Völkerrechtssubjektivität – bedeutet dies als Folge eine Bindung an das völkerrechtliche *ius cogens*.“); Dhooge, Journal of Transnational Law & Policy 16 (2007), 197 (205) („Transnational corporations could not credibly claim the benefits of human rights protection while simultaneously denying their accompanying duties and responsibilities.“); im Prinzip auch Clapham, Human Rights Obligations of Non-State Actors, 82 („If *The Sunday Times* has sufficient personality and the capacity to enjoy rights under the European Convention on Human Rights, it might surely have enough personality and capacity to be subject to duties under international human rights law.“) (Hervorhebung im Original); Reinisch, in: Alston (Hrsg.), Non-State Actors and Human Rights, 37 (85) („TNCs appear as plaintiffs against states in various *ad hoc* and institutionalized arbitration systems, such as that under the ICSID Convention. One could thus argue that they should have not only rights but also obligations.“); Green, Melbourne Journal of International Law 9 (2008), 47 (62 f.) („If non-state actors (for example, peoples) are participants enjoying substantial rights under international law, then they may in principle surely be subjected to duties under international law; and if states are bound by customary law obligations to act in accordance with general/customary principles in their dealings with non-state actors, then there is no reason in principle why such obligations cannot likewise bind non-state actors in their dealings with other entities, including other non-state actors.“); *ibid.*, 73 („correlativity of rights and duties“); sowie Malanczuk, in: Hofmann (Hrsg.), Non-State Actors as New Subjects of International Law, 155 (157) („One could argue that if non-state actors have rights under international law, they must also have duties.“).

<sup>20</sup> Zur terminologischen Differenzierung zwischen völkerrechtlichen Berechtigungs- und Pflichtsubjekten vgl. bereits Verdross, Völkerrecht, 188.



von der Möglichkeit einer Qualifizierung dieser Akteurskategorie als völkerrechtliche Berechtigungssubjekte (B.) wird hierbei zunächst erörtert, in welchem Zusammenhang sich die Argumentation „Wer Rechte hat, hat auch Pflichten“ über die Thematik transnationaler Unternehmen hinaus in der Völkerrechtslehre nachweisen lässt (C.). Hierauf aufbauend gilt es darüber hinaus insbesondere zu ermitteln, ob sich dieser Begründungsansatz in die herkömmliche Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität einfügt (D.). In einem weiteren Abschnitt soll sodann untersucht werden, wie dieser argumentative Rückschluss im Lichte der gegenwärtigen Diskussion über die Methodik der Völkerrechtssubjektivität zu bewerten ist. Hierbei wird vor allem die Frage behandelt, welche Folgerungen aus dem Rekurs auf die Argumentation „Wer Rechte hat, hat auch Pflichten“ für die Notwendigkeit einer wenigstens partiellen Neukonzeption dieses Bereichs der Völkerrechtsdogmatik gezogen werden können (E.).

## B. Transnationale Unternehmen als völkerrechtliche Berechtigungssubjekte

Ausgangspunkt sowie Grundlage des Argumentationsansatzes bildet die Existenz völkerrechtlicher Rechtspositionen transnationaler Unternehmen und damit die Möglichkeit ihrer Qualifizierung als internationale Berechtigungssubjekte. In dieser Hinsicht ist in der Tat zu konstatieren, dass sich eine deutliche Entwicklung hin zur Herausbildung einer Völkerrechtssubjektivität dieser Akteurskategorie nachweisen lässt.

Zum einen können sich transnationale Unternehmen – jedenfalls soweit es sich um nach dem nationalen Recht eines oder mehrerer Staaten gegründete juristische Personen des Privatrechts handelt<sup>21</sup> – auf diejenigen völkervertragsrechtlich statuierten beziehungsweise auf universeller oder zumindest regionaler Ebene gewohnheitsrechtlich anerkannten Menschenrechte berufen, welche auch auf diese juristischen Personen Anwendung finden.<sup>22</sup> Hierzu gehören unter anderem Verfahrensgarantien sowie der Schutz des Eigentums – und damit individuelle Rechtspositionen, welchen gerade auch in Bezug auf den Schutz von im Ausland getätigter Direktinvestitionen sowohl im Rahmen internationaler Menschenrechtsschutzregime<sup>23</sup> als auch in Verfah-

<sup>21</sup> Zur Diskussion im wissenschaftlichen Schrifttum, ob auch auf völkervertragsrechtlicher Basis gegründete, so genannte internationale Unternehmen sowie grenzüberschreitend tätige Staatshandelsunternehmen unter den Begriff des transnationalen Unternehmens subsumiert werden können, vgl. z.B. *Krajewski*, in: Giegerich (Hrsg.), Internationales Wirtschafts- und Finanzrecht, 35 (40 f.); *Nowrot*, Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht, 85 ff., m.w.N.

<sup>22</sup> So schon u.a. *Tietje*, in: Renzikowski (Hrsg.), Die EMRK im Privat-, Straf- und Öffentlichen Recht, 179 (191); *Schmalenbach*, AVR 39 (2001), 57 (63 f.); *Stein/von Buttlar*, Völkerrecht, Rn. 492; *Karl*, in: Hummer (Hrsg.), Paradigmenwechsel im Völkerrecht zur Jahrtausendwende, 275 (303); *Muchlinski*, International Affairs 77 (2001), 31 (32); *Fastenrath*, in: von Schorlemer (Hrsg.), „Wir, die Völker (...)“ – Strukturwandel in der Weltorganisation, 69 (79); *Addo*, in: ders. (Hrsg.), Human Rights Standards and the Responsibility of Transnational Corporations, 187 ff.; *Hörtreiter*, Die Vereinten Nationen und Wirtschaftsunternehmen, 193 f.; *Jägers*, Corporate Human Rights Obligations, 29; *Morgera*, Corporate Accountability in International Environmental Law, 58.

<sup>23</sup> Speziell zum Schutz ausländischer Direktinvestitionen durch die EMRK u.a. EGMR, *Sovtransavto Holding v. Ukraine*, Urteil v. 25. Juli 2002, paras. 71 ff., 90 ff.; sowie aus dem Schrifttum *Tomuschat*, in: Binder u.a. (Hrsg.), Essays in Honour of Christoph Schreuer, 636 ff.; *Ruffert*, GYIL 43 (2000), 116 ff.; *Kriebaum*, in: Dupuy/Francioni/Petersmann (Hrsg.), Human Rights in International Investment Law and Arbitration, 219 ff.

ren der Investor-Staat-Streitbeilegung<sup>24</sup> eine erhebliche Bedeutung zukommen kann. Obgleich – wie bereits im Jahre 1964 von *Wolfgang Friedmann* konstatiert – „politically, sociologically and economically, it would be absurd to compare the international position of the Unilever concern, General Motors Corporation, or of Royal Dutch Shell, to that of a physical individual“, sind diese Akteure dennoch „in legal theory, subjects of private law, like any of the billions of physical inhabitants of this globe“.<sup>25</sup> Da insoweit also keine grundsätzlichen Unterschiede zu sonstigen juristischen Personen des Privatrechts und Individuen bestehen, welche nach heutzutage wohl so gut wie unbestrittener Auffassung eine internationale Rechtsstellung innehaben,<sup>26</sup> können transnationale Unternehmen bereits unter Bezugnahme auf die ihnen durch das völkerrechtliche Regime des Menschenrechtsschutzes gewährten Individualrechtspositionen zumindest als partiell-derivative Völkerrechtssubjekte qualifiziert werden.<sup>27</sup>

Zum anderen lassen sich in Bezug auf diese Wirkungseinheiten vor allem in jüngerer Zeit auch spezifische völkerrechtliche Rechtspositionen im Bereich des internationalen Investitionsrechts identifizieren. Zwar wird weiterhin kontrovers diskutiert, ob private Investoren wie insbesondere transnationale Unternehmen auf der Grundlage von vertraglichen Vereinbarungen mit dem Gaststaat – so genannten „state contracts“<sup>28</sup> – einen Status als abgeleitete, partielle Völkerrechtssubjekte erlangen können.<sup>29</sup> Abgesehen von dieser bereits seit längerem erörterten Thematik ist in diesem Zusammenhang aber vor allem auf neuere Entwicklungen im Bereich der gemischten

<sup>24</sup> Zum Rekurs auf menschenrechtliche Garantien zur Konkretisierung materiellrechtlicher Behandlungsstandards des internationalen Investitionsrechts vgl. beispielsweise *Mondev International Ltd. v. USA*, ICSID Case No. ARB(AF)/99/2, Award v. 11. Oktober 2002, paras. 141 ff.; *Tecnicas Medioambientales Tecmed S.A. v. Mexico*, ICSID Case No. ARB(AF)/00/2, Award v. 29. Mai 2003, paras. 116 ff.; *Azurix Corp. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/01/12, Award v. 14. Juli 2006, paras. 311 f.; *Saipem SpA v. Bangladesh*, ICSID Case No. ARB/05/07, Decision on Jurisdiction and Recommendation on Provisional Measures v. 21. März 2007, paras. 130, 132; siehe hierzu auch *Reiner/Schreuer*, in: Dupuy/Francioni/Petersmann (Hrsg.), *Human Rights in International Investment Law and Arbitration*, 82 (94); *Peterson*, *Human Rights and Bilateral Investment Treaties*, 23 ff., m.w.N.

<sup>25</sup> *Friedmann*, *The Changing Structure of International Law*, 221.

<sup>26</sup> Hierzu statt vieler *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, *Völkerrecht*, Bd. I/2, 259 ff.; *Doehring*, *Völkerrecht*, Rn. 243 ff.; *von Arnault*, *Völkerrecht*, Rn. 64 ff.

<sup>27</sup> So, auch unter Bezugnahme auf das völkerrechtliche Regime des internationalen Menschenrechtsschutzes, beispielsweise *Tietje*, in: *Renzikowski* (Hrsg.), *Die EMRK im Privat-, Straf- und Öffentlichen Recht*, 179 (191); *Fastenrath*, in: *von Schorlemer* (Hrsg.), „Wir, die Völker (...)“ – Strukturwandel in der Weltorganisation, 69 (79); *Karl*, in: *Hummer* (Hrsg.), *Paradigmenwechsel im Völkerrecht zur Jahrtausendwende*, 275 (303); *Schmalenbach*, AVR 39 (2001), 57 (64 f.); allgemein zum Begriff der partiellen Völkerrechtssubjektivität statt vieler *Epping*, in: *Ipsen*, *Völkerrecht*, 55 (57); *Hailbronner/Kau*, in: *Graf Vitzthum* (Hrsg.), *Völkerrecht*, 147 (157); sowie bereits IGH, *Reparations for Injuries Suffered in the Service of the United Nations*, ICJ-Reports 1949, 174 (178) („The subjects of law in any legal system are not necessarily identical in their nature or in the extent of their rights, and their nature depends upon the needs of the community.“).

<sup>28</sup> Allgemein hierzu statt vieler *Reinisch*, in: *Tietje* (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, § 8, Rn. 24 ff.; *Nowrot*, *Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht*, 339 ff., jeweils m.w.N.

<sup>29</sup> So im Grundsatz z.B. *Texaco Overseas Petroleum Company/California Asiatic Oil Company v. Government of the Libyan Arab Republic*, abgedruckt in: I.L.M. 17 (1978), 1 (17); *Böckstiegel*, *Der Staat als Vertragspartner ausländischer Privatunternehmen*, 186 ff.; *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, *Völkerrecht*, Bd. I/1, 26; *Wildhaber*, BDGVR 18 (1978), 7 (42); hiergegen jedoch u.a. *Tomuschat*, RdC 281 (1999), 9 (154); *Epping*, in: *Ipsen*, *Völkerrecht*, 55 (110); *Malanczuk*, *Akehurst's Modern Introduction to International Law*, 102.

Investitionsschiedsgerichtsbarkeit hinzuweisen.<sup>30</sup> Die Zulässigkeit eines Staat-Investor-Streitbeilegungsverfahrens auf der Grundlage der Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of other States (ICSID-Konvention) – dem in der Praxis gegenwärtig bedeutendsten institutionellen Schiedsgerichtsverfahren<sup>31</sup> – hat allerdings nach Art. 25 Abs. 1 ICSID-Konvention noch zur Voraussetzung, dass die betroffene staatliche Partei ihre konkrete Einwilligung zur Einleitung des Verfahrens gibt.<sup>32</sup> Da somit allein auf der Grundlage der ICSID-Konvention dem ausländischen Investor keine unbedingte völkerrechtliche Rechtsposition auf Einleitung eines Streitbeilegungsverfahrens gewährt wird, ist im Schrifttum zu Recht ganz überwiegend „allenfalls von einer ansatzweise sichtbar werdenden partiellen Völkerrechtssubjektivität“ ausgegangen worden.<sup>33</sup>

Eine andere Bewertung ist jedoch für die Fälle geboten, in denen der entsprechende Gaststaat seine Einwilligung zur Durchführung von gemischten Schiedsverfahren auf der Grundlage eines völkerrechtlichen Vertrages gegeben hat, so dass es nur noch von der Entscheidung des privaten Investors abhängt, ob er dieses völkerrechtlich verbindliche Angebot auf Abschluss einer Schiedsvereinbarung – in der Praxis meistens durch die Einleitung des schiedsgerichtlichen Verfahrens<sup>34</sup> – annimmt. Eine solche unbedingte Gewährung eines Rechts auf Einleitung eines Schiedsverfahrens auf völkervertragsrechtlicher Basis – und damit eine Zuweisung unmittelbarer subjektiver Rechtspositionen an private Investoren<sup>35</sup> – findet sich heute verschiedentlich in

<sup>30</sup> Allgemein zur gemischten Investitionsschiedsgerichtsbarkeit statt vieler *Tietje*, in: Ehlers/Schoch (Hrsg.), Rechtsschutz im Öffentlichen Recht, § 4, Rn. 9 ff., m.w.N.

<sup>31</sup> So u.a. *Dolzer/Schreuer*, Principles of International Investment Law, 222; *Dugan/Wallace/Rubins/Sabahi*, Investor-State Arbitration, 50; *Griebel*, Internationales Investitionsrecht, 115; zur Anzahl an bekannt gewordenen Verfahren im Bereich der gemischten Investitionsschiedsgerichtsbarkeit und der diesbezüglichen Entwicklung vgl. UNCTAD, World Investment Report 2012, Towards a New Generation of Investment Policies, 86 ff.

<sup>32</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang auch die entsprechende Aussage in der Präambel der ICSID-Konvention, derzufolge „no Contracting State shall by the mere fact of its ratification, acceptance or approval of this Convention and without its consent be deemed to be under any obligation to submit any particular dispute to conciliation or arbitration“; sowie statt vieler *Dolzer/Schreuer*, Principles of International Investment Law, 223; *Lowenfeld*, International Economic Law, 540; eingehend zum Einwilligungserfordernis nach Art. 25 Abs. 1 ICSID-Konvention *Schreuer/Malintoppi/Reinisch/Sinclair*, The ICSID Convention, Article 25, Rn. 374 ff.

<sup>33</sup> So *Hobe*, IPRax 22 (2002), 249 (251); ähnlich u.a. *Tietje*, in: ders. (Hrsg.), International Investment Protection and Arbitration, 17 (32); *Schwartzmann*, Private im Wirtschaftsvölkerrecht, 95; anders aber z.B. *Gutto*, in: Snyder/Sathirathai (Hrsg.), Third World Attitudes Toward International Law, 275 (285) („The Convention provides almost full international legal personality to the TNCs.“).

<sup>34</sup> Zur Zulässigkeit dieser Vorgehensweise statt vieler *Generation Ukraine, Inc. v. Ukraine*, ICSID Case No. ARB/00/9, Award v. 16. September 2003, para. 12.2; sowie *Schreuer*, in: Muchlinski/Ortino/Schreuer (Hrsg.), International Investment Law, 830 (837).

<sup>35</sup> So u.a. *BG Group Plc. v. Argentina*, UNCITRAL Arbitration, Award v. 24. Dezember 2007, para. 145 („The proliferation of bilateral investment treaties has effected a profound transformation of international investment law. Most significantly, under these instruments investors are entitled to seek enforcement of their treaty rights by directly bringing action against the State in whose territory they have invested.“) (Hervorhebung durch Verfasser); *Corn Products International, Inc. v. Mexico*, ICSID Case No. ARB(AF)/04/01, Decision on Responsibility v. 15. Januar 2008, paras. 167 ff. („In the Tribunal’s view, the NAFTA confers upon investors substantive rights separate and distinct from those of the State of which they are nationals. It is now clear that States are not the only entities which can hold rights under international law; individuals and corporations may also pos-

Schiedsklauseln, welche in der Mehrzahl der zur Zeit bereits über 2.830 bilateralen Investitionsverträgen (BITs) enthalten sind<sup>36</sup> und gegenwärtig die in der Praxis bedeutsamste Rechtsgrundlage für die Durchführung gemischter Investitionsschiedsverfahren darstellen.<sup>37</sup> Während es hierbei jedoch auf die spezifische Formulierung der Schiedsgerichtsklauseln in den einzelnen BITs ankommt,<sup>38</sup> enthalten darüber hinaus auch eine wachsende Anzahl weiterer Abkommen eine verbindliche Einwilligung der Vertragsstaaten zur Durchführung von Investor-Staat-Schiedsverfahren. Im Bereich der regionalen Wirtschaftsintegration<sup>39</sup> kann hier zunächst beispielhaft auf Art. 1122 NAFTA, die Art. 10.17 f. CAFTA-DR, Art. 10.16 des Freihandelsabkommens zwischen den USA und Chile, Art. 10.16 des Freihandelsabkommens zwischen den USA und Oman, Art. 10.16 des Freihandelsabkommens zwischen den USA und Marokko sowie Art. 9 des Protocol of Colonia for the Promotion and Reciprocal Protection of Investments in the MERCOSUR verwiesen werden. Gleiches gilt auf multilateral-sektoraler Ebene für Art. 26 Abs. 3 lit. a des Energiechartavertrages, demzufolge im Hinblick auf Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren „[...] each Contracting Party hereby gives its unconditional consent to the submission of a dispute to international arbitration or conciliation [...]“. Diese grundsätzlich vorbehaltlose Zuweisung eines völkerrechtlichen Anspruchs auf Durchführung eines Schiedsverfahrens begründet für die privaten Investoren und damit auch für entsprechende transnationale Unterneh-

sess rights under international law. [...] In the case of Chapter XI of the NAFTA, the Tribunal considers that the intention of the Parties was to confer substantive rights directly upon investors. That follows from the language used and is confirmed by the fact that Chapter XI confers procedural rights upon them.“). Siehe hierzu auch beispielsweise *Tietje*, Individualrechte im Menschenrechts- und Investitionsschutzbereich, 15; *ders./Szodrach*, ZBB 2007, 498 (501); *Lauterpacht*, Indiana Journal of Global Legal Studies 4 (1997), 259 (274); *Krajewski*, in: Giegerich (Hrsg.), Internationales Wirtschafts- und Finanzrecht, 35 (45); *Braun*, in: Hobe (Hrsg.), Globalization, 51 (55); sowie *Spiermann*, Arbitration International 20 (2004), 179 (185) („It would take an excessively narrow, albeit not unprecedented standard of interpretation to find that bilateral investment treaties do not vest rights in the investor as a subject of international law.“); vgl. zur Diskussion auch u.a. *McLachlan/Shore/Weiniger*, International Investment Arbitration, 61 ff.; *Douglas*, The International Law of Investment Claims, 10 ff.; *Braun*, Ausprägungen der Globalisierung, 162 ff.

<sup>36</sup> UNCTAD, World Investment Report 2012, Towards a New Generation of Investment Policies, 84; allein die Bundesrepublik Deutschland ist gegenwärtig (Stand 27. April 2012) Vertragspartei von 131 in Kraft getretenen bilateralen Investitionsverträgen und hat 8 weitere unterzeichnet, siehe die Angaben unter <[www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/B/bilaterale-investitions-foerderungs-und-schutzvertraege-IFV,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf](http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/B/bilaterale-investitions-foerderungs-und-schutzvertraege-IFV,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf)>; zu den in der ganz überwiegenden Mehrheit der BITs enthaltenen Klauseln über Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren selbst vgl. u.a. UNCTAD, Bilateral Investment Treaties 1995-2006: Trends in Investment Rulemaking, 2007, 100 ff.; *McLachlan/Shore/Weiniger*, International Investment Arbitration, 46 ff.

<sup>37</sup> Siehe u.a. *Tietje/Nowrot/Wackernagel*, Once and Forever?, 19; *Dolzer/Schreuer*, Principles of International Investment Law, 242.

<sup>38</sup> Vgl. nur *Dolzer/Schreuer*, Principles of International Investment Law, 242 („Not all references to investor-state arbitration in BITs constitute binding offers of consent by the host state.“); ähnlich *Schreuer*, in: Muchlinski/Ortino/Schreuer (Hrsg.), International Investment Law, 830 (836); zu der in diesem Zusammenhang möglicherweise relevanten Frage nach einer prozessualen Dimension der in den BITs enthaltenen MFN-Klausel u.a. *Acconci*, in: Muchlinski/Ortino/Schreuer (Hrsg.), International Investment Law, 363 (387 ff.); *Tietje/Nowrot/Wackernagel*, Once and Forever?, 30 m.w.N.

<sup>39</sup> Eingehender hierzu *Nowrot*, in: *Tietje* (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 2, Rn. 102 ff., m.w.N.

men eine „klare völkerrechtliche Rechtsposition“,<sup>40</sup> bildet auf diese Weise „another step in their transition from objects to subjects of international law“<sup>41</sup> und ist damit als ein weiteres deutliches Indiz für ihren Status als internationale Berechtigungsobjekte anzusehen.

### C. „Wer Rechte hat, hat auch Pflichten“ als Argument in der Völkerrechtslehre

Der vor dem Hintergrund dieser völkerrechtlichen Rechtspositionen transnationaler Unternehmen im jüngeren Schrifttum zunehmend vertretene Rückschluss vom Status als Berechtigungsobjekt auf das Bestehen völkerrechtlicher Pflichten ist im Prinzip als Argumentationsansatz nicht neu. Beispielhaft sei hier zunächst auf die allgemeine Feststellung *Georg Wilhelm Friedrich Hegels* hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Rechten und Pflichten hingewiesen, dass „wer keine Rechte hat, keine Pflichten hat, und umgekehrt“.<sup>42</sup> Vergleichbare Aussagen lassen sich auch heute noch nachweisen.<sup>43</sup> Überdies wird im innerstaatlichen Bereich bereits seit dem 18. Jahrhundert über die Existenz und normative Relevanz von mit den Grundrechten des Individuums korrelierenden Grundpflichten diskutiert<sup>44</sup> – eine Vorstellung „korrespondierende[r] Statusverhältnisse“ beziehungsweise „spiegelbildliche[r] Grundrechte der politischen Gemeinschaft gegenüber den Individuen“,<sup>45</sup> wie sie beispielsweise noch – insoweit dem Vorbild der Weimarer Reichsverfassung folgend – in dem mit

<sup>40</sup> *Tietje*, Grundstrukturen und aktuelle Entwicklungen, 16; vgl. auch *ders.*, The Applicability of the Energy Charter Treaty, 13 („[...] Art. 26 ECT and its consequent substantive investment protection regulations of Part III ECT clearly indicate that investors gain the status of subjects of international law under the ECT.“); *Schwartzmann*, Private im Wirtschaftsvölkerrecht, 98; sowie eingehend hierzu *Happ*, Schiedsverfahren zwischen Staaten und Investoren, 138 ff.

<sup>41</sup> *Plama Consortium Ltd. v. Bulgaria*, ICSID Case No. ARB/03/24, Decision on Jurisdiction v. 8. Februar 2005, para. 141 („For all these reasons, Article 26 ECT provides to a covered investor an almost unprecedented remedy for its claim against a host state. [...] By any standards, Article 26 is a very important feature of the ECT which is itself a very significant treaty for investors, marking another step in their transition from objects to subjects of international law.“); vgl. auch *Tietje*, in: Giegerich (Hrsg.), Internationales Wirtschafts- und Finanzrecht, 11 (32) („Besonders herausragend zu nennen ist hierbei sicherlich der Umstand, dass gerade auf Grund der Rechtsentwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte man heute kaum noch bestreiten kann, dass jedenfalls im investitionsschutzrechtlichen Bereich multinationale Unternehmen Völkerrechtssubjekte sind.“).

<sup>42</sup> *Hegel*, Encyclopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse, § 486 („Aber wesentlich gilt es, daß wer keine Rechte hat, keine Pflichten hat, und umgekehrt.“).

<sup>43</sup> Vgl. z.B. *Randelzhofer*, in: Merten/Papier (Hrsg.), Handbuch der Grundrechte, Bd. II, § 37, Rn. 53 („Objektiv ist die Verbindung von Rechten und Pflichten in einer Rechtsordnung unvermeidlich, und zwar richtig gesehen nicht im Sinne einer Gegenüberstellung von These und Antithese, sondern im Sinne eines sich gegenseitigen Bedingens.“); hiergegen jedoch *Tomuschat*, AVR 21 (1983), 289 (306) („Jeder simplistische Vergleich, der durch die Postulierung einer notwendigen Entsprechung von Recht und Pflicht den qualitativen Unterschied zwischen dem Staat als der politischen Hoheitsorganisation der Gesellschaft und dem Einzelnen als dem strukturell schwächeren Gewaltunterworfenen leugnet, erscheint daher verfehlt.“).

<sup>44</sup> Hierzu statt vieler *Hofmann*, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), HdbStR, Bd. IX, § 195, Rn. 1 ff.; *Randelzhofer*, in: Merten/Papier (Hrsg.), Handbuch der Grundrechte, Bd. II, § 37, Rn. 1 ff.; *Saladin*, Verantwortung als Staatsprinzip, 67 ff.; *Steinberg*, Der ökologische Verfassungsstaat, 132 ff., jeweils m.w.N.

<sup>45</sup> *Hofmann*, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), HdbStR, Bd. IX, § 195, Rn. 35; vgl. auch u.a. *Callies*, in: Bröhmer (Hrsg.), Der Grundrechtsschutz in Europa, 67 (71).

„Grundrechte und Grundpflichten“ überschriebenen zweiten Hauptteil der Bayerischen Landesverfassung ihren rechtlichen Niederschlag gefunden hat<sup>46</sup> und sich gegenwärtig jedenfalls in Ansätzen auch im Bereich des Menschenrechtsschutzes auf internationaler Ebene nachweisen lässt.<sup>47</sup>

Auch im Übrigen begegnet man der Argumentationsfigur „Wer Rechte hat, hat auch Pflichten“ im völkerrechtlichen Schrifttum nicht erst in jüngerer Zeit und nicht ausschließlich im Zusammenhang mit transnationalen Unternehmen. Abgesehen von einigen Fällen wie der Behauptung eines „natürliche[n] Zusammenhang[s] zwischen Rechten und Pflichten“ zur Begründung einer – angesichts der insoweit uneinheitlichen Staatenpraxis umstrittenen – völkerrechtlichen Verpflichtung des Nachfolgestaates zur Übernahme von Schulden des Vorgängers im Bereich der Staatennachfolge,<sup>48</sup> findet sich diese Argumentation jedoch ganz überwiegend im Zusammenhang mit einer Grundkonstellation, welche der bereits dargelegten Herausforderung durch die ambivalente Wirkungsmacht transnationaler Unternehmen durchaus vergleichbar ist: Hintergrund der entsprechenden Analyse – das so genannte „Argumentationsumfeld“ – ist jeweils die Suche nach Möglichkeiten, bestimmte derivative Völkerrechtssubjekte<sup>49</sup> an solche Verhaltensvorgaben des allgemeinen Völkerrechts zu binden, die sich von ihrem Anwendungsbereich her zunächst einmal nur an Staaten richten.

Das älteste – gleichzeitig aber auch gegenwärtig noch höchst aktuelle – Beispiel bilden in diesem Zusammenhang wohl die Überlegungen hinsichtlich der Anwendbarkeit völkergewohnheitsrechtlicher Verhaltenspflichten auf internationale Organisationen. Da es „keineswegs klar [ist], daß die Vereinten Nationen ohne weiteres an das gesamte Völkergewohnheitsrecht gebunden sind“<sup>50</sup> und eine solche Vorstellung eher als „fairly exceptional“ zu qualifizieren ist,<sup>51</sup> wird die im wissenschaftlichen Schrifttum und der Rechtsprechung des IGH ihren Niederschlag gefundene Auffassung, dass internationale Organisationen allein schon aufgrund ihres – heutzutage so gut wie

<sup>46</sup> Hierzu sowie allgemein zur Statuierung von Grundpflichten in den älteren Landesverfassungen aus den Jahren 1946 und 1947 *Luchterhandt*, Grundpflichten als Verfassungsproblem, 365 ff.

<sup>47</sup> Vgl. bereits Art. 29 Abs. 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, UN Doc. GA-Res. 217 A (III) v. 10. Dezember 1948; sowie auf der Ebene des Völkervertragsrechts nachfolgend unter anderem die Statuierung von Pflichten des Individuums in den Art. 27 ff. der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker v. 27. Juni 1981; und in Art. 32 Abs. 1 der Amerikanischen Menschenrechtskonvention v. 22. November 1969. Allgemein zur Diskussion über völkerrechtliche Grundpflichten des Individuums z.B. *Tomuschat*, AVR 21 (1983), 289 ff.; *Knox*, AJIL 102 (2008), 1 ff.; *Saul*, Columbia Human Rights Law Review 32 (2001), 565 ff.; speziell in Bezug auf die normative Relevanz von Grundpflichten und Bürgerverantwortung in der EMRK überdies *Calliess*, in: Bröhmer (Hrsg.), Der Grundrechtsschutz in Europa, 67 ff.

<sup>48</sup> So *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Völkerrecht, Bd. I/1, 179; zu den bestehenden Rechtsunsicherheiten in diesem Teilbereich der Staatennachfolge *ibid.*, 175 ff., m.w.N.

<sup>49</sup> Zum Begriff der derivativen bzw. abgeleiteten Völkerrechtssubjektivität statt vieler *Epping*, in: Ipsen, Völkerrecht, 55 (57); *Hailbronner/Kau*, in: Graf Vitzthum (Hrsg.), Völkerrecht, 147 (157).

<sup>50</sup> *Schreuer*, in: Ginther u.a. (Hrsg.), Festschrift für Karl Zemanek, 223 (241); vgl. auch u.a. *Tietje*, BDGVR 45 (2012), 322 (323) („rechtliche Probleme, die wir immer haben, wenn es um die Bindung internationaler Organisationen an das Völkerrecht geht“); *Mégret/Hoffmann*, Human Rights Quarterly 25 (2003), 314 (319) („In fact, the real difficulty in determining whether the UN might commit human rights ‘violations’, is that it is not clear what it means exactly to say that human rights are ‘applicable’ to the UN.”).

<sup>51</sup> *Tomuschat*, in: Fischer u.a. (Hrsg.), Festschrift für Dieter Fleck, 573.

unbestrittenen – Status als abgeleitete Völkerrechtssubjekte<sup>52</sup> auch ohne einen diesbezüglichen, ausdrücklichen Übertragungsakt durch die Völkerrechtsgemeinschaft an internationale Verhaltenspflichten gebunden sein sollen, regelmäßig gerade auch unter Rückgriff auf die Argumentation begründet, nach der jeder Akteur, welchem völkerrechtliche Rechtspositionen übertragen worden sind, damit auch automatisch völkerrechtlichen Pflichten unterworfen ist.<sup>53</sup>

<sup>52</sup> Allgemein hierzu statt vieler *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Völkerrecht, Bd. I/2, 207 ff.; *Brownlie*, Principles of Public International Law, 676 ff., jeweils m.w.N.

<sup>53</sup> So bereits *Eagleton*, RdC 76 (1950), 319 (385) („But where there are rights, there are also duties; and we must assume that the United Nations, as a legal person, has duties as well as rights, [...]“); vgl. auch u.a. *Reinisch*, AJIL 95 (2001), 851 (858) („A related consideration that does not focus on the powers and obligations of organizations as state creatures but, rather, on the general perception that they enjoy international legal personality leads to the same result: the United Nations – whose personality under public international law has been beyond doubt since the Reparations case – is subject to public international law precisely because it partakes of personality under this legal system.“); *ders.*, GYIL 44 (2001), 270 (281 f.) („The underlying theoretical issue also appears to be largely settled by accepting that the UN as a subject of international law is subject to general international law“); *ders.*, Global Governance 7 (2001), 131 (136) („strong arguments in favor of an obligation to observe customary international law may be derived from more general reflections concerning the status of the UN as an organization enjoying legal personality under international law“); *Hofmann*, BDGVR 42 (2007), 1 (17) („Zum einen besteht für die WTO, wie für alle anderen Völkerrechtssubjekte, kraft dieser Eigenschaft als Völkerrechtssubjekt eine völkergewohnheitsrechtlich begründete Pflicht zur Achtung und Wahrung der völkergewohnheitsrechtlich geltenden Menschenrechte.“); *ibid.*, 20 („Aufgrund ihrer Völkerrechtssubjektivität besteht eine völkergewohnheitsrechtliche Pflicht zur Einhaltung der völkergewohnheitsrechtlichen Regeln des Umweltvölkerrechts.“); diese Argumentation nachfolgend jedoch wohl teilweise modifizierend *ders.*, BDGVR 42 (2007), 134 („Ich glaube, dass dies tatsächlich der entscheidende Punkt ist: Wenn eine Internationale Organisation Aufgaben übernimmt, die traditionell Staaten haben, dann unterliegt sie auch den entsprechenden Bindungen.“); siehe überdies aber auch z.B. *Wormuth*, Die Bedeutung des Europarechts, 167 („[...] stellt aber für ein (abgeleitetes) Völkerrechtssubjekt wie die EG an sich eine Selbstverständlichkeit dar.“); *Ghazi*, The IMF, the World Bank Group and the Question of Human Rights, 111 („Once again, the fact of having an international personality implies respect for the obligations imposed by international law, hence also human rights.“); sowie aus der Rechtsprechung des IGH insbesondere IGH, *Interpretation of the Agreement of 25 March 1951 between the WHO and Egypt* (World Health Organization), ICJ-Reports 1980, 73 (89 f.) („International organizations are subjects of international law and, as such, are bound by any obligations incumbent upon them under general rules of international law“); und die diesbezüglichen Ausführungen in der „Dissenting Opinion“ des Richters *Sir Gerald Fitzmaurice* in: IGH, *Legal Consequences for States of the Continued Presence of South Africa in Namibia (South West Africa) Notwithstanding Security Council Resolution 276 (1970)* (Vereinte Nationen), ICJ-Reports 1971, 220 (294) („This is a principle of international law that is as well-established as any there can be, – and the Security Council is as much subject to it (for the United Nations is itself a subject of international law) as any of its individual member States are.“); speziell in Bezug auf die Bindung der Europäischen Union an die Regeln des Völkergewohnheitsrechts vgl. überdies EuGH, Rs. C-286/90, *Poulsen und Diva Navigation*, Urteil v. 24. November 1992, Slg. 1992, I-6019, Rn. 9; EuGH, Rs. C-162/96, *A. Racke GmbH & Co./Hauptzollamt Mainz*, Urteil v. 16. Juni 1998, Slg. 1998, I-3655, Rn. 45 f.; für eine entsprechende Begründung siehe u.a. *Oppermann/Classen/Nettesheim*, Europarecht, § 9, Rn. 153 („In dem ‚allgemeinen Völkerrechtsraum‘, in dem die EU als ein Rechtssubjekt mit anderen Rechtssubjekten des Völkerrechts kooperiert, gelten die Völkerrechtsregeln für die EU wie für ein sonstiges Völkerrechtssubjekt.“); von einer anderen dogmatischen Konstruktion ausgehend allerdings *Hoffmeister*, BDGVR 42 (2007), 143 („Hier scheint die dogmatische Begründung im Verfassungsrecht der Gemeinschaft, also in einer selbst auferlegten Bindung der internationalen Organisation zu liegen.“).

Ebenso verhält es sich mit Überlegungen im jüngeren Schrifttum, so genannte „stabilisierte *de facto*-Regime“<sup>54</sup> in den passiven Anwendungsbereich der Menschenrechte einzubeziehen.<sup>55</sup> Im Rahmen dieser Analysen findet sich ebenfalls der Hinweis auf die Bindung dieser Akteurskategorie an die völkerrechtlichen Verhaltensvorgaben wie den Schutz der Menschenrechte als korrespondierende Folge ihres – heute ganz überwiegend anerkannten – Status als internationale Berechtigungssubjekte.<sup>56</sup> Gleiches gilt schließlich – um nur noch ein weiteres Beispiel zu nennen – für die ebenfalls gerade in jüngerer Zeit nachweisbaren Ansätze, Aufständische und Insurgenten<sup>57</sup> über ihre seit längerem anerkannte Bindung an das humanitäre Völkerrecht für nicht-internationale bewaffnete Konflikte<sup>58</sup> hinaus auch in den Anwendungsbereich des internationalen Menschenrechtsschutzes mit einzubeziehen, welcher „according to traditional wisdom, cannot be asserted vis-à-vis insurgent groups“.<sup>59</sup> Auch in diesem Zusammenhang ist – über weitere Argumentationslinien wie unter anderem die aus Gründen der Fairness gebotene Gleichstellung von staatlichen Organen und Aufständischen hinaus<sup>60</sup> – bereits gelegentlich auf den Rückschluss von einer völkerrechtlichen Rechtsstellung auf die Existenz völkerrechtlicher Verhaltenspflichten Bezug genommen worden.<sup>61</sup>

#### D. Der Zusammenhang zwischen Rechten und Pflichten vor dem Hintergrund der traditionellen Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität

Die wachsende Verbreitung dieses Begründungsansatzes im Schrifttum wirft die Frage auf, wie sich der argumentative Rückschluss von der internationalen Rechtsstel-

<sup>54</sup> Grundlegend und umfassend hierzu *Frowein*, Das *de facto*-Regime im Völkerrecht, 1968.

<sup>55</sup> Eingehender zu dieser Thematik *Schoiswohl*, *Austrian Review of International and European Law* 6 (2001), 45 ff.; *ders.*, Status and (Human Rights) Obligations, 214 ff.

<sup>56</sup> *Schoiswohl*, Status and (Human Rights) Obligations, 282 f. („it appears inevitable to simultaneously acknowledge their limited international legal personality and thus their legal capacity to be correspondingly bound to international law“).

<sup>57</sup> Zu der im Einzelnen umstrittenen Unterscheidung zwischen Aufständischen und Insurgenten z.B. *Jennings/Watts*, *Oppenheim's International Law*, Bd. I, Introduction and Part 1, 165 ff.; *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, *Völkerrecht*, Bd. I/2, 301 ff.; *Roth*, *Governmental Illegitimacy in International Law*, 173 ff.

<sup>58</sup> Hierzu nur *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, *Völkerrecht*, Bd. I/2, 299 ff.; *Tomuschat*, in: Fischer u.a. (Hrsg.), *Festschrift für Dieter Fleck*, 573 (576).

<sup>59</sup> *Tomuschat*, in: Fischer u.a. (Hrsg.), *Festschrift für Dieter Fleck*, 573 (575); ähnlich u.a. *Fleck*, in: *Frowein* u.a. (Hrsg.), *Liber Amicorum Tono Eitel*, 69 (78).

<sup>60</sup> Hierzu *Tomuschat*, in: Fischer u.a. (Hrsg.), *Festschrift für Dieter Fleck*, 573 (576) („Why should only the Government be charged with breaching human rights? Is it not a requirement of fairness to measure the behaviour of both sides by the same yardstick?“); deutlich kritisch in Bezug auf eine solche Argumentation aber beispielsweise *Rodley*, in: *Mahoney/Mahoney* (Hrsg.), *Human Rights in the Twenty-First Century*, 297 („The temptation of governments feeling under siege to resort to this ‘*tu quoque*’ type of propaganda is understandable. It is the purpose of this paper, however, to suggest that it is misguided and that, when governments or non-governmental human rights monitors acquiesce in it, they compound the error.“) (Hervorhebung im Original).

<sup>61</sup> Siehe beispielsweise *Fleck*, in: *Frowein* u.a. (Hrsg.), *Liber Amicorum Tono Eitel*, 69 (79) („If non-state actors have human rights, it appears logical that they also must have responsibilities, no different from the obligations insurgents have under international humanitarian law.“).



lung einer Akteurskategorie auf ihre Bindung an völkerrechtliche Verhaltenspflichten in die traditionelle und auch heute noch ganz überwiegend vertretene Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität einfügt. Hierbei geht es also um die Fragestellung, ob der behauptete Zusammenhang zwischen internationalen Rechten und Pflichten – sowohl im Hinblick auf die Existenz einer völkerrechtlichen Pflichtenstellung transnationaler Unternehmen als auch in Bezug auf den entsprechenden Umfang einer internationalen Rechtspersönlichkeit anderer Akteurskategorien – im Lichte der gegenwärtigen Rechtsdogmatik – verstanden als „Speicher für richtige, d.h. im Rahmen der geltenden Rechtsordnung vernünftig begründbare Lösungen“<sup>62</sup> – als rationales und anschlussfähiges juristisches Argument qualifiziert werden kann.<sup>63</sup>

Im Hinblick auf die Voraussetzungen zur Erlangung von Völkerrechtssubjektivität entspricht es der heutzutage so gut wie einhelligen Auffassung im Schrifttum, dass nicht alle auf internationaler Ebene tätigen Akteure allein aufgrund ihrer tatsächlichen Wirkungsmächtigkeit auch gleichzeitig eine internationale Rechts- beziehungsweise Pflichtenstellung innehaben. Eine bloße *de facto* Teilnahme an den vielfältigen Interaktionen im internationalen System oder seinen Teilbereichen ist also für sich genommen nicht ausreichend, um als Völkerrechtssubjekt qualifiziert werden zu können.<sup>64</sup> Vielmehr ist es hierfür erforderlich, dass die in Frage stehende Wirkungseinheit in der Weise durch die Völkerrechtsgemeinschaft – insbesondere die Staaten als so genannte „originäre“ beziehungsweise „geborene“ Völkerrechtssubjekte<sup>65</sup> – Anerkennung gefunden hat, dass ihr wenigstens in begrenztem Umfang explizit völkerrechtliche Rechtspositionen und/oder Pflichten übertragen worden sind.<sup>66</sup>

Zwar ist über diesen allgemein anerkannten Mindestbestand an konstitutiven Voraussetzungen hinaus im Einzelnen immer noch umstritten, ob eine Entität weitere Anforderungen erfüllen muss, um als Völkerrechtssubjekt angesehen werden zu können.<sup>67</sup> Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang unter anderem auf die vereinzelt für erforderlich gehaltene Befugnis eines Akteurs, die ihm übertragenen völkerrechtlichen

<sup>62</sup> So *Volkman*, JZ 2005, 261 (262); ähnlich u.a. *Kadelbach*, in: Gröschner/Morlok (Hrsg.), Rechtsphilosophie und Rechtsdogmatik, 178 f. Allgemein zu Bedeutung und Funktionen der Rechtsdogmatik statt vieler *Alexy*, Theorie der juristischen Argumentation, 326 ff.

<sup>63</sup> Zur Bedeutung rationaler juristischer Argumentation z.B. eindringlich *Alexy*, Theorie der juristischen Argumentation, 15 („Von der Möglichkeit rationalen juristischen Argumentierens hängt nicht nur der Wissenschaftscharakter der Jurisprudenz, sondern auch die Legitimität richterlichen Entscheidens ab.“); speziell zu Charakter und Funktion einer dogmatischen Argumentation eingehend *ibid.*, 307 ff., m.w.N.

<sup>64</sup> So u.a. *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Völkerrecht, Bd. I/1, 21 f.; *Shaw*, International Law, 196 f.; *Herdegen*, Völkerrecht, § 7, Rn. 1; *Paulus*, Die internationale Gemeinschaft, 227.

<sup>65</sup> Hierzu statt vieler *Epping*, in: Ipsen, Völkerrecht, 55 (57); *Hailbronner/Kau*, in: Graf Vitzthum (Hrsg.), Völkerrecht, 147 (157).

<sup>66</sup> Vgl. z.B. *Jennings/Watts*, Oppenheim's International Law, Bd. I, Introduction and Part 1, 16; *Brownlie*, Principles of Public International Law, 57; *Cassese*, International Law, 71; *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Völkerrecht, Bd. I/1, 22; *Kempen/Hillgruber*, Völkerrecht, 13; *Menon*, Journal of Transnational Law & Policy 1 (1992), 151 (152 ff.).

<sup>67</sup> Für eine eingehende Darstellung siehe u.a. *Barberis*, RdC 179 (1983), 145 (160 ff.); *Mosler*, in: Mélanges Offerts à Henri Rolin, 228 (231 ff.); *Portmann*, Legal Personality, 7 ff.; *Nijman*, The Concept of International Legal Personality, 29 ff.

Rechtspositionen auch prozedural durchsetzen zu können,<sup>68</sup> die Fähigkeit, als Subjekt völkerrechtlicher Sanktionen in Betracht zu kommen<sup>69</sup> oder die Eigenschaft, von existenzieller Bedeutung für das Fortbestehen der Völkerrechtsordnung zu sein.<sup>70</sup> Überdies ist bereits auf der Grundlage der herrschenden Auffassung zu konstatieren, dass die Qualifizierung als Völkerrechtssubjekt nicht notwendigerweise bestimmten Kategorien von Akteuren im internationalen System vorbehalten bleiben muss, die gegenwärtige Völkerrechtsordnung also keinen *numerus clausus* von rechtlich handlungsfähigen Wirkungseinheiten mehr kennt<sup>71</sup> und somit einer „Erweiterung des Kreises der Völkerrechtssubjekte“<sup>72</sup> keine zwingenden rechtsdogmatischen Einwände entgegenstehen.<sup>73</sup>

Gleichwohl verdeutlicht der die gegenwärtige Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität prägende Ansatz, dass sowohl im Hinblick auf die Erlangung als auch den konkreten Umfang der völkerrechtlichen Rechtsstellung eines Akteurs allein auf die ausdrückliche normative Anerkennung durch die Staaten im Sinne einer Übertragung spezifischer völkerrechtlicher Rechte und Pflichten abzustellen ist. Aus diesem strikt induktiven, den empirischen Nachweis spezifischer völkerrechtlicher Rechte und/oder Pflichten fokussierenden methodischen Vorgehen<sup>74</sup> folgt zunächst, dass – wie bereits dargelegt – weder eine faktisch machtvolle Stellung einer Akteurskategorie im internationalen System noch beispielsweise humanitäre Erwägungen hinsichtlich der Gebotenheit einer Bindung bestimmter Steuerungssubjekte an völkerrechtliche Verhaltens-

<sup>68</sup> Siehe u.a. *Kelsen*, Principles of International Law, 231 ff. u. 282; *Dumberry*, Revue générale de droit international public 108 (2004), 103 (111 ff.); demgegenüber wird allerdings zunehmend vertreten, dass die „Zuerkennung eigener, völkerrechtsunmittelbarer Rechte [...] nicht zwingend an die Möglichkeit der individuellen Rechtsverfolgung auf internationaler Ebene geknüpft“ ist, siehe *Tietje*, DVBl. 2003, 1081 (1085); ähnlich *Dörr*, JZ 2005, 905 (906), jeweils unter Bezugnahme auf IGH, *LaGrande Case* (Deutschland v. USA), abgedruckt in: I.L.M. 40 (2001), 1069 (1087 f., para. 77); EuGRZ 28 (2001), 287 (290, para. 77).

<sup>69</sup> So insbesondere *Wengler*, Die Friedenswarte 51 (1951/53), 113 ff.; *ders.*, Völkerrecht, Bd. 1, 153 ff.; ähnlich u.a. *Acquaviva*, Vanderbilt Journal of Transnational Law 38 (2005), 345 (390 ff.).

<sup>70</sup> So als Differenzierungskriterium zwischen Völkerrechtssubjekten und bloßen Völkerrechtspersonen *Freiherr von der Heydte*, in: Constantopoulos/Eustathiades/Fragistas (Hrsg.), Festschrift für Jean Spiropoulos, 237 (242 ff.).

<sup>71</sup> Vgl. z.B. *Peters*, Völkerrecht, 255; *Delbrück*, in: Jickeli/Kreutz/Reuter (Hrsg.), Gedächtnisschrift für Jürgen Sonnenschein, 793 (797).

<sup>72</sup> *Mosler*, BDGVR 4 (1961), 39 ff.; im Grundsatz auch bereits *Schoen*, Zeitschrift für Völkerrecht 23 (1939), 411 (414) („Erweiterung des Kreises der völkerrechtlichen Rechtssubjekte“); sowie *ibid.*, 448 („zumal offensichtlich die Entwicklung dahin geht, den Kreis der Völkerrechtssubjekte zu erweitern“).

<sup>73</sup> So statt vieler *Mosler*, BDGVR 4 (1961), 39 (71); *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Völkerrecht, Bd. I/1, 23; *Hobe*, Völkerrecht, 66; *Charney*, Duke Law Journal 1983, 748 (762); sowie im Grundsatz bereits frühzeitig u.a. *Lauterpacht*, Private Law Sources, 79; *Kaufmann*, Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht 2 (1908), 419 (436 ff.).

<sup>74</sup> Zu dieser Charakterisierung der gegenwärtigen Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität statt vieler *Jennings/Watts*, Oppenheim's International Law, Bd. I, Introduction and Part 1, 16; *Klabbers*, in: Petman/Klabbers (Hrsg.), Nordic Cosmopolitanism, 351 (367); *Fastenrath*, in: von Schorlemer (Hrsg.), „Wir, die Völker (...)“ – Strukturwandel in der Weltorganisation, 69 (84); *Schmalenbach*, AVR 39 (2001), 57 (65); *Focarelli*, International Law as Social Construct, 238; *Hempel*, Die Völkerrechtssubjektivität internationaler nichtstaatlicher Organisationen, 82.

vorgaben<sup>75</sup> beziehungsweise auf Logik basierende Schlussfolgerungen<sup>76</sup> für sich genommen entsprechende internationalrechtliche Pflichten generieren können. Weiterhin ist auf der Grundlage dieses Ansatzes zu konstatieren, dass sich aus „der Völkerrechtspersönlichkeit als solcher [...] keine bestimmten Rechte und Pflichten [ergeben]; es gibt auch keine Mindestposition, die damit verbunden wäre“.<sup>77</sup>

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass der behauptete Rückschluss vom Status als internationales Berechtigungssubjekt auf die Existenz völkerrechtlicher Verhaltenspflichten – jedenfalls in Bezug auf die vorliegend interessierende Kategorie der derivativen Völkerrechtssubjekte – auf der Grundlage der traditionellen Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität als unzulässig anzusehen ist. Vielmehr haben abgeleitete Völkerrechtssubjekte hiernach „lediglich diejenigen Rechte und Pflichten, die ihnen von den Staaten übertragen worden sind“.<sup>78</sup> Angesichts der Unvereinbarkeit der Argumentationsfigur „Wer Rechte hat, hat auch Pflichten“ mit der gegenwärtigen Völkerrechtsdogmatik erscheint es denn auch kaum verwunderlich, dass an den entsprechenden Ansätzen zur Begründung völkerrechtlicher Verhaltenspflichten beispielsweise von internationalen Organisationen und transnationalen Unternehmen bereits gelegentlich – unter anderem auch von Vertretern des IWF selbst<sup>79</sup> – deutliche Kritik geübt worden ist.<sup>80</sup>

<sup>75</sup> Gegen die Zulässigkeit einer solchen Argumentation bereits sehr deutlich IGH, *South West Africa Cases* (Äthiopien v. Südafrika; Liberia v. Südafrika) (Second Phase), ICJ-Reports 1966, 6 (34) („The Court must now turn to certain questions of a wider character. Throughout this case it has been suggested, directly or indirectly, that humanitarian considerations are sufficient in themselves to generate legal rights and obligations, and that the Court can and should proceed accordingly. The Court does not think so. It is a court of law, and can take account of moral principles only in so far as these are given a sufficient expression in legal form. Law exists, it is said, to serve a social need; but precisely for that reason it can do so only through and within the limits of its own discipline. Otherwise, it is not a legal service that would be rendered.”).

<sup>76</sup> Hiergegen statt vieler *Koebele*, Corporate Responsibility, 204 f.

<sup>77</sup> *Mosler*, ZaöRV 22 (1962), 1 (45); siehe auch u.a. *Tietje*, BDGVR 45 (2012), 243 (264) („die Erkenntnis, dass Völkerrechtssubjektivität nicht zwingend auf einen bestimmten Katalog von Rechten und Pflichten im Völkerrecht abzielt“); *Schmalenbach*, AVR 39 (2001), 57 (65); *Fastenrath*, in: von Schorlemer (Hrsg.), „Wir, die Völker (...)“ – Strukturwandel in der Weltorganisation, 69 (82); *Braun*, Ausprägungen der Globalisierung, 193; *Weiß*, MenschenRechtsMagazin 2002, 82 (85) („Wer also qua Rechtsträgerschaft zum Völkerrechtssubjekt geworden ist, muß deshalb nicht auch zwingend Adressat von Pflichten sein.“); sowie zur Charakterisierung der gegenwärtig vorherrschenden Sichtweise auch *Klabbers*, in: Petman/Klabbers (Hrsg.), Nordic Cosmopolitanism, 351 (367) („subjectivity does not entail any automatic rights or obligations [...] no rights or obligations flow from subjectivity *per se*“).

<sup>78</sup> So beispielsweise statt vieler in Bezug auf internationale Organisationen *Odendahl*, Kulturgüter-schutz, 238.

<sup>79</sup> Vgl. u.a. die Nachweise bei *Dine*, Companies, International Trade and Human Rights, 189 ff. („The IMF strongly rejects any claim to be directly bound by international human rights norms. Mr. Gianviti, General Counsel to the IMF argues: ‚First, at the most general level, the Fund and the Bank saw themselves (and continue to see themselves) as international organizations separate from their members, governed by their respective charters.‘“); siehe überdies *Gianviti*, in: Alston (Hrsg.), Non-State Actors and Human Rights, 113 (118 ff.); sowie allgemein hierzu auch *Schlemmer-Schulte*, in: Tietje (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 9, Rn. 2 Fn. 2 m.w.N.

<sup>80</sup> Siehe z.B. *Rauschnig*, BDGVR 42 (2007), 120 („Ich glaube nicht, [...], dass folgende Argumentation schlüssig ist: Die Internationalen Organisationen sind Völkerrechtssubjekte, und weil sie Völkerrechtssubjekte sind, gelten alle Rechte und Pflichten für Völkerrechtssubjekte für sie.“); *Puttler*, BDGVR 42 (2007), 124 („Ich halte es aber nicht für ausreichend, deren Bindung [der in-

Die Bedeutung dieses Befundes für die Diskussion über die gegenwärtigen völkerrechtlichen Rahmenbedingungen einer menschen- und umweltrechtlichen Unternehmensverantwortung ist erheblich. Einerseits wird auf der Grundlage der herkömmlichen konstitutiven Voraussetzungen für die Etablierung und den Umfang von Völkerrechtssubjektivität zu Recht ganz überwiegend die Auffassung vertreten, dass transnationale Unternehmen – abgesehen von wenigen spezifischen Einzelvorschriften<sup>81</sup> – mangels ausdrücklicher Übertragung entsprechender internationaler Verhaltensvorgaben im Wege des Völkervertrags- und Völkergewohnheitsrechts zur Zeit grundsätzlich nicht zur Verwirklichung globaler Gemeinwohlbelange wie dem Menschenrechts- und Umweltschutz sowie internationaler Arbeits- und Sozialstandards verpflichtet sind.<sup>82</sup> Andererseits ist es im Lichte der traditionellen Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität – wie dargelegt – auch nicht möglich, eine entsprechende Pflichtenstellung transnationaler Unternehmen mittels eines Rückschlusses von ihrem Status als völkerrechtliche Berechtigungssubjekte oder beispielsweise vor dem Hintergrund ihrer faktischen Wirkungsmächtigkeit beziehungsweise humanitärer Erwägungen zu generieren.

#### E. „Noch falsch“ oder „schon richtig“?: Der Argumentationsansatz im Lichte der gegenwärtigen Diskussion über das Konzept der Völkerrechtssubjektivität

Ob die Analyse dieses Argumentationsansatzes hinsichtlich seiner Bedeutung für die Grundlage und den Umfang einer internationalen Rechtspersönlichkeit transnationaler Unternehmen mit einer bloßen Feststellung der Unzulässigkeit des behaupteten Rückschlusses nach herkömmlicher Völkerrechtsdogmatik bereits ihren Abschluss finden sollte, erscheint allerdings zweifelhaft. Auf der Grundlage des gegenwärtigen Verständnisses über die Voraussetzungen von Völkerrechtssubjektivität ist dies sicher-

internationalen Organisationen] allein aus ihrer Eigenschaft als Völkerrechtssubjekte abzuleiten.“); vgl. überdies bereits u.a. *Mosler*, *ZaöRV* 22 (1962), 1 (19 ff., 36, 45); *Schmalenbach*, *AVR* 39 (2001), 57 (65); *Braun*, *Ausprägungen der Globalisierung*, 192 („begegnet jedoch methodisch-dogmatischem Zweifel“); *Bleckmann*, *ZaöRV* 37 (1977), 107 (112); sowie *Nöll*, *Die Völkerrechtssubjektivität der Europäischen Gemeinschaften*, 136 ff.; grundsätzlich kritisch zu einem solchen Rückschluss selbst aus rechtspolitischer Perspektive überdies *Tomuschat*, *AVR* 21 (1983), 289 (305 f.) („Eine der am häufigsten vorgetragenen Formeln lautet, Rechte ohne Pflichten seien nicht denkbar. Normiere man auf der internationalen Ebene Rechte des Einzelnen, so müsse man konsequent in gleicher Weise auch seine Pflichten umreißen. [...] Es liegt auf der Hand und bedarf keiner eingehenderen staatstheoretischen Überlegung, daß die These in ihrer simpelsten Form jedenfalls nicht zutreffen kann.“).

<sup>81</sup> Hierzu *Kamminga*, in: *International Law Association (Hrsg.), Report of the Seventy-First Session*, 422 (424); *Nowrot*, *Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht*, 540 f.; *ders.*, in: *Bungenberg/Griebel/Hobe/Reinisch (Hrsg.), International Investment Law*, Chapter 10.

<sup>82</sup> So u.a. *Tomuschat*, *Human Rights*, 107 f.; *Hobe*, *Völkerrecht*, 164; *Zemanek*, *RdC* 266 (1997), 9 (47); *Schmalenbach*, *AVR* 39 (2001), 57 (65 ff.); *Reiner/Schreuer*, in: *Dupuy/Francioni/Petersmann (Hrsg.), Human Rights in International Investment Law and Arbitration*, 82 (86 ff.); deutlich zurückhaltend auch *Human Rights Council, Business and Human Rights: Towards Operationalizing the “Protect, Respect and Remedy” Framework*, Report of the Special Representative of the Secretary General on the Issue of Human Rights and Transnational Corporations and Other Business Enterprises, UN Doc. A/HRC/11/13 v. 22. April 2009, paras. 61 ff.; eingehender hierzu *Nowrot*, *Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht*, 534 ff., m.w.N.

lich der Fall. Es fragt sich jedoch, ob sich hinter dem Rekurs auf diesen Begründungsansatz nicht vielmehr gerade auch das – grundsätzlich unausgesprochene<sup>83</sup> – Eingeständnis verbirgt, dass die traditionelle Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität im Lichte der sich wandelnden Realitäten im internationalen System einer zumindest partiellen Neukonzeption bedarf, da sie auf „Realitätsunterstellungen“ basiert, welche „durch Änderung der Verhältnisse inadäquat werden können“.<sup>84</sup> Als Indiz hierfür kann der Umstand gewertet werden, dass sich der Begründungsansatz „Wer Rechte hat, hat auch Pflichten“ oftmals im Zusammenhang mit ergebnisorientiert geführten Diskursen über die völkerrechtliche Bindung bestimmter Akteurskategorien nachweisen lässt,<sup>85</sup> welche an sich schon im Widerspruch zu der strikt induktiven, empirischen – und damit gerade ergebnisoffenen – methodischen Vorgehensweise der herkömmlichen Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität stehen.

Vor diesem Hintergrund wäre der zunehmend nachweisbare Rückgriff auf diese Argumentationsfigur somit nicht allein als unzulässiger Begründungsansatz im Rahmen der gegenwärtig noch dominierenden Völkerrechtsdogmatik einzuordnen. Vielmehr erscheint es vertretbar, ihn darüber hinaus als ein weiteres Anzeichen dafür zu werten, dass die traditionelle Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität im Schrifttum als in wachsendem Umfang unzureichend angesehen wird, um im Lichte der strukturellen Veränderungen im internationalen System auch weiterhin als Grundlage für einen adäquaten methodischen Ansatz zur Ermittlung einer völkerrechtlichen Rechts- und Pflichtenstellung gerade wirkungsmächtiger nichtstaatlicher Akteure wie internationaler Organisationen, NGOs und transnationaler Unternehmen zu dienen.<sup>86</sup> Die

<sup>83</sup> Ausdrücklich für eine solche Neukonzeption der Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität unter Einbeziehung des Grundsatzes „Wer Rechte hat, hat auch Pflichten“ aber nunmehr *Green*, *Melbourne Journal of International Law* 9 (2008), 47 (70 ff.).

<sup>84</sup> So allgemein in Bezug auf Rechtsnormen *Luhmann*, *Das Recht der Gesellschaft*, 557.

<sup>85</sup> Für ein Beispiel eines solchen ergebnisorientiert geführten Diskurses hinsichtlich der Bindung internationaler Organisationen an Völkergewohnheitsrecht vgl. u.a. die Diskussionsbeiträge von *Klein*, *BDGVR* 42 (2007), 118 (119) („Es wäre für mich – und manchmal muss man als Jurist dann eben auch Argumente suchen, um ein absolut inakzeptables Ergebnis zu vermeiden – völlig inakzeptabel, wenn [...]“); *Rauschnig*, *BDGVR* 42 (2007), 120 („Gewiss stimmen wir alle überein, dass die Regeln des Völkergewohnheitsrechts auch für Internationale Organisationen gelten sollen, ich teile aber insbesondere die Auffassung von Herrn Klein, dass die Begründung dafür bisher noch nicht sorgfältig genug ist.“); *Bausback*, *BDGVR* 42 (2007), 121 („Ich bin natürlich auch der Auffassung, dass die internationalen Organisationen an Völkergewohnheitsrecht gebunden sind. Mich würde aber interessieren, Herr Hofmann, welche theoretische Konzeption bei Ihnen hier zugrunde liegt.“); *Khan*, *BDGVR* 42 (2007), 144 („Das kann und darf nicht sein! Die Frage lautet nur, wie begründet man das konstruktiv?“).

<sup>86</sup> Besonders deutlich in diesem Zusammenhang *Klabbers*, in: *Petman/Klabbers* (Hrsg.), *Nordic Cosmopolitanism*, 351 (353 f.) („That main point seems to be the point that September 11 demonstrates just how outdated the system of international law has become, and has allowed itself to become. [...] Many of our international legal concepts, so September 11 suggests, are no longer able to deal with present-day developments, and the main cause is that international law has failed to seriously incorporate non-state actors into its framework. [...] Either way, what emerges is a picture of conceptual helplessness: confronted with nasty behaviour from entities that are not generally to be considered states, the law runs into problems.“); vgl. überdies z.B. *Nijman*, *The Concept of International Legal Personality*, 353 („the conventional doctrine of ILP [international legal personality] has actually [become] an obstacle for international legal scholars when they wish to discuss globalization and, in particular, non-state actors from a legal perspective“); *Kunig*, in: *Dupuy u.a.* (Hrsg.), *Festschrift für Christian Tomuschat*, 377 (381) („Solchem Problemdruck ist das gegenwärtige Völkerrecht nicht adäquat. Die Hauptursache dafür ist seine Staatszentriert-

Erkenntnis, dass der – zumindest in der Theorie<sup>87</sup> – gegenwärtig noch ganz überwiegend vertretene strikt induktiv-empirische methodische Ansatz zur Ermittlung der Existenz und des konkreten Umfangs der Völkerrechtssubjektivität einer Akteurskategorie sowohl mit der zentralen Zwecksetzung der heutigen Völkerrechtsordnung als auch mit der daraus erwachsenden Notwendigkeit einer Berücksichtigung der sich wandelnden Realitäten im internationalen System als zunehmend unvereinbar zu qualifizieren ist,<sup>88</sup> findet nämlich – insbesondere im jüngeren Schrifttum – in zwei Tendenzen ihren deutlichen Ausdruck. Diese können mit den Begriffen „ausdrückliche“ beziehungsweise „implizite“ Infragestellung der traditionellen Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität charakterisiert werden.

## I. Ausdrückliche Infragestellung der traditionellen Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität

Zum einen lassen sich in der Literatur eine Reihe von Ansätzen nachweisen, welche – unter ausdrücklicher Kritik an der traditionellen Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität – auf eine Neukonzeption dieses Bereichs der Völkerrechtsdogmatik abzielen.

So findet sich beispielsweise zunehmend der Vorschlag, auf die Verwendung des Begriffs der „Völkerrechtssubjektivität“ und die daraus resultierende Differenzierung zwischen Subjekten und Objekten des Völkerrechts ganz zu verzichten und stattdessen unter Einbeziehung insbesondere machtvoller nichtstaatlicher Akteure nur noch von „Participants“ im internationalen System zu sprechen.<sup>89</sup> Speziell in Bezug auf die

heit.“); *Green*, *Melbourne Journal of International Law* 9 (2008), 47 (70) („These realities demand a new conceptual framework for dealing with non-state actors.“); eine solche Möglichkeit zumindest in Betracht ziehend auch u.a. *Dörr*, *JZ* 2005, 905 (916) („Diese Neuausrichtung [der internationalen Gemeinschaft] wird Konsequenzen haben müssen für Dogmatik und Methode des Völkerrechts, für seine Rechtsquellenlehre, seine Rechtssetzungs- und Durchsetzungsprozesse – ja unter Umständen für das Konzept der Völkerrechtssubjektivität überhaupt.“); *Miller*, in: *ders./Bratspies* (Hrsg.), *Progress in International Law*, 381 (386 ff.); *Thürer*, in: *Zimmermann/Hofmann* (Hrsg.), *Unity and Diversity in International Law*, 339 („I draw the moral that we academics must not allow ourselves to become bound by our categories out of any preference for constancy, yearning for simplicity or sheer self-interest. We must reassess, for example, the categorization of the subjects of international law as circumstances change and challenge its contemporary relevance and applicability.“).

<sup>87</sup> Zur wachsenden Diskrepanz zwischen dieser Theorie einerseits und ihrer praktischen Anwendung im Schrifttum sogleich *infra* E.II.

<sup>88</sup> Eingehender hierzu *Nowrot*, *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 28 (2007), 21 (30 ff.); *ders.*, *Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht*, 549 ff., jeweils m.w.N.

<sup>89</sup> So besonders deutlich bereits *Higgins*, *Problems and Process*, 49 f. („Finally, the whole notion of ‘subjects’ and ‘objects’ has no credible reality, and, in my view, no functional purpose. We have erected an intellectual prison of our own choosing and then declared it to be an unalterable constraint. [...] But I believe that there is room for another view: that it is not particularly helpful, either intellectually or operationally, to rely on the subject-object dichotomy that runs through so much of the writings. [...] Now, in this model, there are no ‘subjects’ and ‘objects’, but only participants. Individuals are participants, along with states, international organizations [...], multinational corporations, and indeed private non-governmental groups.“); ähnlich *Allott*, *Eunomia*, 372 („international law must abandon the conceptual category of subjects of international law“); *Zerk*, *Multinationals and Corporate Social Responsibility*, 74 („The idea of multinationals as ‘participants’ in the international system provides a much more realistic picture of the role of private

völkerrechtliche Stellung von Privatunternehmen ist in diesem Zusammenhang auch der Zwischenbericht des „Special Representative“ *John G. Ruggie* an den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen vom 9. Februar 2007 zu nennen.<sup>90</sup> Eng verwandt mit dieser Auffassung sind überdies Konzeptionen, denen zufolge die Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität durch die Vorstellung von im Rahmen eines „constitutional approach to international law“ zu berücksichtigenden Mitgliedern der internationaler Rechtsordnung<sup>91</sup> beziehungsweise durch „Verfassungssubjekte“ der sich herausbildenden „globalen Zivilverfassungen“ ersetzt werden soll.<sup>92</sup> Den Hintergrund dieser Überlegungen bildet unter anderem auch die Etablierung normativer Verhaltenspflichten für alle wirkungsmächtigen Akteure im internationalen System; entweder aufgrund der „angesichts der massiven Menschenrechtsverletzungen durch nichtstaatliche Akteure“ bestehenden „Notwendigkeit einer Ausweitung der weltverfassungsrechtlichen Auseinandersetzungen über die bloßen zwischenstaatlichen Beziehungen hinaus“<sup>93</sup> oder unter Vermeidung der „intensely debated but largely sterile question as to whether or not NGOs or transnational enterprises have emerged as new subjects within the international legal order“.<sup>94</sup>

Während diese Vorstellungen im Kern eine vollständige Abkehr vom Konzept der Völkerrechtssubjektivität anstreben, lassen sich aber auch Konzeptionen nachweisen, welche unter Beibehaltung der herkömmlichen Terminologie lediglich auf eine partielle Modifizierung der Voraussetzungen für die Erlangung einer völkerrechtlichen

commercial organisations within the international system than the traditional ‘subject-object’ dichotomy.”); sowie u.a. *Alvarez*, Santa Clara Journal of International Law 9 (2011), 1 (8 f.); *McCorquodale*, Leiden Journal of International Law 17 (2004), 477 (481 ff.); *McBeth*, International Economic Actors, 56 f.; *Kulick*, Global Public Interest, 65 f.; *Meijknecht*, Towards International Personality, 31; *Jägers*, Corporate Human Rights Obligations, 22 f.; *Arzt/Lukashuk*, in: *Fisler Damrosch/Danilenko/Müllerson* (Hrsg.), *Beyond Confrontation*, 61 (62).

<sup>90</sup> Human Rights Council, Report of the Special Representative of the Secretary-General (SRSG) on the issue of human rights and transnational corporations and other business enterprises, U.N. Doc. A/HCR/4/035 v. 9. Februar 2007, para. 20 („Long-standing doctrinal arguments over whether corporations could be ‘subjects’ of international law, which impeded conceptual thinking about and the attribution of direct legal responsibility to corporations, are yielding to new realities. Corporations increasingly are recognized as ‘participants’ at the international level, with the capacity to bear some rights and duties under international law.”); in diesem Sinne auch *Ruggie*, *AJIL* 101 (2007), 819 (824).

<sup>91</sup> *Thürer*, in: *Hofmann* (Hrsg.), *Non-State Actors as New Subjects of International Law*, 37 (51 ff.).

<sup>92</sup> *Teubner*, *ZaöRV* 63 (2003), 1 (3 ff.); ebenso *ders.*, *Verfassungsfragmente*, 11 ff.; *Fischer-Lescano/Teubner*, *Regime-Kollisionen*, 53 ff.

<sup>93</sup> *Teubner*, *ZaöRV* 63 (2003), 1 (5); ähnlich nachfolgend *ders.*, *Der Staat* 45 (2006), 161 ff.; in diese Richtung überdies beispielsweise *Wilson*, in: *De Schutter* (Hrsg.), *Transnational Corporations and Human Rights*, 43 (52) („Certain corporations now possess power that approaches or even surpasses that of many States, with a capacity to effect human rights depredations to match. In this setting, then, a simple rule of reason dictates that they should also bear similar human rights obligations.“).

<sup>94</sup> *Thürer*, in: *Hofmann* (Hrsg.), *Non-State Actors as New Subjects of International Law*, 37 (53); zustimmend beispielsweise *Herdegen*, in: *Hofmann* (Hrsg.), *Non-State Actors as New Subjects of International Law*, 63 (64) („As to the multinational, transnational enterprises, I sympathize with Professor Thürer’s concept that we should approach these phenomena with a more flexible view of a legal community, that it is not always necessary to harp on legal personality under public international law.“); für einen ähnlichen Ansatz vgl. auch *Lim*, in: *Harding/Lim* (Hrsg.), *Renegotiating Westphalia*, 53 ff.

Pflichtenstellung abzielen. So sei in diesem Zusammenhang auf den Ansatz hingewiesen, demzufolge in Übereinstimmung mit der Zwecksetzung des Völkerrechts und der notwendigen Wirklichkeitsnähe dieser Rechtsordnung bereits allein aus einer machtvollen faktischen Position im internationalen System die widerlegbare Vermutung erwächst, dass die entsprechende Akteurskategorie – auch unabhängig von der ausdrücklichen Übertragung völkerrechtlicher Pflichtenpositionen im Wege des Vertrags- oder Gewohnheitsrechts – einen Status als Völkerrechtssubjekt im Sinne des Unterworfenenseins unter völkerrechtliche Verhaltenspflichten hinsichtlich der Verwirklichung von globalen Gemeinwohlbelangen innehat. Eine Widerlegung dieser Vermutung ist lediglich in der Weise möglich, dass sich eine entgegengesetzte normative Äußerung der Völkerrechtsgemeinschaft nachweisen lässt, derzufolge die entsprechende Akteurskategorie nicht an völkerrechtliche Verhaltenspflichten gebunden sein soll.<sup>95</sup> Schließlich sollte – um nur ein weiteres Beispiel zu nennen – in diesem Zusammenhang der Vorschlag nicht unerwähnt bleiben, eine Neukonzeption der Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität unter ausdrücklicher Einbeziehung des Begründungsansatzes „Wer Rechte hat, hat auch Pflichten“ vorzunehmen.<sup>96</sup>

## II. Implizite Infragestellung der herkömmlichen Völkerrechtsdogmatik

Zum anderen lässt sich jedoch auch zunehmend beobachten, dass in der Literatur – ohne explizit die herkömmliche Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität in Frage zu stellen – zur Begründung einer völkerrechtlichen Berechtigungs- sowie insbesondere Pflichtsubjektivität bestimmter Akteurskategorien in wachsendem Umfang auf Erwägungen zurückgegriffen wird, welche im Lichte des gegenwärtig zumindest in der Theorie noch ganz überwiegend vertretenen methodischen Ansatzes zur Ermittlung des Umfangs von Völkerrechtssubjektivität als unzulässige Begründungsansätze zu qualifizieren sind.

Der vorliegend im Zentrum der Analyse stehende Argumentationsansatz „Wer Rechte hat, hat auch Pflichten“, welcher in diese Kategorie von eigentlich unzulässigen Begründungsansätzen einzuordnen ist, stellt allerdings bei weitem nicht das einzige Beispiel für eine solche implizite Infragestellung der traditionellen Völkerrechtsdogmatik im gegenwärtigen Schrifttum dar. So wird unter anderem auch die bereits mehrfach angeführte Auffassung, dass internationale Organisationen auch ohne einen diesbezüglichen Übertragungsakt durch die Völkerrechtsgemeinschaft an die Regeln

<sup>95</sup> *Nowrot*, Die Friedens-Warte 79 (2004), 119 (139 ff.); vgl. auch *ders.*, Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht, 560 ff.; *ders.*, Philippine Law Journal 80 (2006), 563 (573 ff.). Grundsätzlich positiv beispielsweise *Peters*, in: Kirchschräger u.a. (Hrsg.), Menschenrechte und Wirtschaft, 127 (133 Fn. 5) („weiterführend“); *Klabbers/Peters/Ulfstein*, The Constitutionalization of International Law, 243 Fn. 333 („subtle analysis“); kritisch demgegenüber *Fastenrath*, in: von Schorlemer (Hrsg.), „Wir, die Völker (...)“ – Strukturwandel in der Weltorganisation, 69 (81 f.); *Krajewski*, in: Giegerich (Hrsg.), Internationales Wirtschafts- und Finanzrecht, 35 (46). Siehe hierzu auch u.a. *Hörtreiter*, Die Vereinten Nationen und Wirtschaftsunternehmen, 189 ff.; *Geldermann*, Völkerrechtliche Pflichten, 146 ff.

<sup>96</sup> So *Green*, Melbourne Journal of International Law 9 (2008), 47 (71) („the possession of ILP [international legal personality] would serve as a common indicator of international legal status and participation, which may in turn indicate subjection to certain common responsibilities”).



des Völkergewohnheitsrechts gebunden sein sollen, verschiedentlich unter Rückgriff auf die Zwecksetzung der Völkerrechtsordnung<sup>97</sup> sowie unter Hinweis auf das faktische, zunehmend „staatsähnliche“ Wirkungspotential dieser Akteure<sup>98</sup> begründet. Überdies stützen sich neuere Überlegungen, private terroristische Organisationen, denen nach herkömmlicher Völkerrechtsdogmatik keine internationale Subjektsqualität zukommt<sup>99</sup> und deren Handlungen jedenfalls nach wohl noch ganz überwiegend vertretener Ansicht für sich genommen keinen bewaffneten Angriff im Sinne des Art. 51 UN-Charta darstellen,<sup>100</sup> durch Qualifizierung als partielle Völkerrechtssubjekte dem völkerrechtlichen Gewaltverbot zu unterwerfen und auf diesem Wege den Anwendungsbereich des Rechts auf Selbstverteidigung nach Art. 51 UN-Charta zu eröffnen, in maßgeblicher Weise auf die Befriedungsfunktion des Völkerrechts und die erforderliche Wirklichkeitsnähe dieser Rechtsordnung.<sup>101</sup> Schließlich wird auch die heutzutage ganz überwiegend anerkannte Einbeziehung stabilisierter *de facto*-Regime in den aktiven und passiven Anwendungsbereich des völkerrechtlichen Gewaltverbotes von der herrschenden Auffassung im Schrifttum – vor dem Hintergrund diesbe-

<sup>97</sup> *Hafner*, in: Dicke u.a. (Hrsg.), *Liber amicorum Jost Delbrück*, 307 (313) („It may, however, be asked whether there is a need of the application of the rule of law to international organizations: The answer to this question substantially depends on the definition of the genuine function and objective of international law.“).

<sup>98</sup> Vgl. u.a. *Hofmann*, *BDGVR* 42 (2007), 134 („Wenn Internationale Organisationen wie Staaten agieren, dann unterliegen sie auch den rechtlichen Bindungen, die Staaten haben.“); *Ress*, *BDGVR* 42 (2007), 122 („dass internationale Organisationen als Organe der Staatengemeinschaft zunehmend Aufgaben der Staaten übernehmen und insofern eine entsprechende Bindung an das Völkergewohnheitsrecht sich geradezu logisch aus dieser Aufgabenwahrnehmung ergibt“); vorher bereits *Bleckmann*, *ZaöRV* 37 (1977), 107 (117) („Dabei greifen die folgenden Schlüsse in weitem Umfang auf dogmatische Erwägungen zurück, auf bestimmte dogmatische Konstruktionen. [...] Die staatlichen Funktionen sind in weitem Umfang auf internationale Organisationen übergegangen. [...] Will sich das Völkerrecht in einer solchen Situation behaupten, muß es wie jede Rechtsordnung, die eine Revolution bestehen will und muß, sich den neuen Gegebenheiten automatisch anpassen; sie darf nicht darauf warten, daß die – unter Umständen ebenfalls geänderten – Völkerrechtsquellen neues Völkerrecht produzieren. Wäre das allgemeine Völkerrecht nicht für und gegen internationale Organisationen anzuwenden, entstünden mit der Entwicklung der internationalen Organisationen unerträgliche Lücken im System des Völkerrechts. Auch hier verlangt der Begriff der Rechtsordnung also, daß sich das Völkerrecht der Entwicklung anpassen muß, daß das allgemeine Völkerrecht auch für und gegen internationale Organisationen wirkt.“); *Hirsch*, *The International Responsibility of International Organizations*, 8 („The attribution of responsibility to international organizations may be justified on several grounds. The major role of international organizations in international relations leads almost inevitably to holding them responsible for unlawful acts which they have committed. The international community cannot tolerate a situation in which such an active actor in the global system may violate binding international norms without bearing the consequences in the sphere of international responsibility.“).

<sup>99</sup> Statt vieler *Delbrück*, *Die Friedens-Warte* 74 (1999), 139 (156); *Tietje/Nowrot*, *Neue Zeitschrift für Wehrrecht* 44 (2002), 1 (5 f.), m.w.N.

<sup>100</sup> Vgl. IGH, *Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory*, (Vereinte Nationen), ICJ-Reports 2004, abgedruckt in: *I.L.M.* 43 (2004), 1009 (1050, para. 139); sowie aus dem Schrifttum statt vieler *Randelzhofer*, in: *Simma* (Hrsg.), *The Charter of the United Nations*, Bd. 1, Art. 51, Rn. 34.

<sup>101</sup> Siehe z.B. *Frowein*, *ZaöRV* 62 (2002), 879 (887) („Immer dann, wenn die Möglichkeit besteht, daß Regeln wie das Gewaltverbot oder das Selbstverteidigungsrecht auch auf nichtstaatliche Organisationen zur Anwendung kommen können, muß dies geschehen, weil ansonsten die friedenssichernde Funktion der Charta unterlaufen würde.“).

züglich uneinheitlicher Staatenpraxis<sup>102</sup> – grundsätzlich allein auf unter anderem „prinzipielle Erwägungen“ hinsichtlich der Befriedungsfunktion des Völkerrechts,<sup>103</sup> humanitäre Gesichtspunkte<sup>104</sup> und „needs of international intercourse in the various stages of development“<sup>105</sup> gestützt.

Alle diese Erwägungen zur Zwecksetzung der Völkerrechtsordnung und der normativen Bedeutung faktischen Einflusses im internationalen System stehen – wie dargelegt – im Widerspruch zum induktiven, auf den empirischen Nachweis spezifischer völkerrechtlicher Rechte und/oder Pflichten abstellenden methodischen Ansatz der herkömmlichen Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität.<sup>106</sup> Über den Umstand hinaus, dass diese Vorgehensweise – subjektiv – als implizite Infragestellung der traditionellen Völkerrechtsdogmatik durch immer größere Teile des Schrifttum qualifiziert werden kann, illustrieren diese wenigen, ausgewählten Beispiele<sup>107</sup> aber auch insbesondere – objektiv – die wachsende Diskrepanz zwischen dem in der Theorie noch ganz überwiegend vertretenen Ansatz über die konstitutiven Voraussetzungen von Völkerrechtssubjektivität einerseits und den in der praktischen Anwendung angestellten Erwägungen zur Bestimmung des Umfangs internationaler Rechtspersönlichkeit andererseits. Diese nicht zuletzt in der zahlreicher werdenden Konstatierung eines Zusammenhangs zwischen völkerrechtlichen Rechten und Pflichten ihren Ausdruck fin-

<sup>102</sup> Hierzu u.a. *Frowein*, Das de facto-Regime im Völkerrecht, 66; *Hillgruber*, Die Aufnahme neuer Staaten, 754 ff.; *Schoiswohl*, Status and (Human Rights) Obligations, 266.

<sup>103</sup> So *Frowein*, Das de facto-Regime im Völkerrecht, 66 („Immerhin können aber prinzipielle Erwägungen zeigen, daß diese Anwendung die einzige Möglichkeit ist, das Gewaltverbot in der heutigen Welt effektiv zu machen. Wenn das Gewaltverbot zwischen Gebilden, die effektive Unabhängigkeit genießen und eine internationale Stellung einnehmen, nicht anzuwenden ist, so kann das Völkerrecht seine Aufgabe, den internationalen Frieden durch Rechtsnormen zu sichern, nicht umfassend erfüllen.“); vgl. überdies unter anderem *Verdross/Simma*, Universelles Völkerrecht, § 406 („Würden derartige Handlungseinheiten von den vr Pflichten freigestellt und von den vr Rechten ausgeschlossen, könnte das VR seine befriedende Funktion also nurmehr mangelhaft erfüllen.“).

<sup>104</sup> *Doehring*, Völkerrecht, Rn. 259.

<sup>105</sup> *Mosler*, in: Bernhardt (Hrsg.), E.P.I.L., Bd. IV, 710 (721) („The status of de facto régimes is precarious, but even in the transitional situation of de facto régimes, it follows from the very fact that no other power has authority over them that they must have a certain status in international relations, corresponding to the needs of international intercourse in the various stages of development.“); ähnlich u.a. *Schoiswohl*, Austrian Review of International and European Law 6 (2001), 45 (52) („International Law cannot afford to entirely ignore de facto regimes as a matter of practical necessity and pragmatism.“).

<sup>106</sup> Vgl. daher beispielsweise – hinsichtlich des völkerrechtlichen Status stabilisierter *de facto*-Regime – auf der Basis einer sich auf die konsequente Anwendung der herrschenden Auffassung über die Voraussetzungen von Völkerrechtssubjektivität beschränkenden Sichtweise auch die deutliche Kritik von *Hillgruber*, Die Aufnahme neuer Staaten, 759 („Es bedarf also stets einer mehr oder weniger weitgehenden Integration in die Völkerrechtsgemeinschaft, die sich im Wege der (kollektiven) Anerkennung vollzieht und je nach deren Reichweite dem staatlichen Gebilde volle oder bloß partielle Völkerrechtsfähigkeit und damit einen eigenen völkerrechtlichen Status verleiht, um es unter den Schutz des in den internationalen Beziehungen geltenden Gewaltverbotes zu stellen. Nicht auf die tatsächliche, sondern auf die völkerrechtliche Stabilisierung und Befriedung des de facto-Régimes kommt es an. Ohne eine ihm in diesem Sinne zuteil gewordene Anerkennung steht das de facto-Régime nicht unter völkerrechtlichem Schutz. Auch hier – wie allgemein im Völkerrecht – gibt es keine normative Kraft des Faktischen.“).

<sup>107</sup> Für weitere Beispiele in diesem Zusammenhang vgl. *Nowrot*, Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht, 571 ff.

denden Abweichungen zwischen Theorie und Praxis können ebenfalls als ein deutliches Indiz für die Erforderlichkeit einer zumindest partiellen Neukonzeption der Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität gewertet werden.<sup>108</sup>

## F. Ausblick

Die vorangegangene Analyse hat gezeigt, dass der zunehmend in der Diskussion über eine völkerrechtliche Pflichtenstellung transnationaler Unternehmen nachweisbare Argumentationsansatz „Wer Rechte hat, hat auch Pflichten“ auf der Grundlage der herkömmlichen Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität keinen zulässigen Begründungsansatz darstellt, um diese Kategorie nichtstaatlicher Akteure normativ in die Prozesse globaler Gemeinwohlverwirklichung einzubinden. Gleichzeitig ist aber auch deutlich geworden, dass dieser zur Zeit jedenfalls in der Theorie noch ganz überwiegend vertretene methodische Ansatz zur Ermittlung der Existenz und des Umfangs einer internationalen Rechtspersönlichkeit in wachsendem Umfang – ausdrücklich, verschiedentlich aber auch nur implizit – in Frage gestellt wird.

Die Diskussion über einen Perspektivenwandel im Recht der Völkerrechtssubjektivität befindet sich zur Zeit noch im Fluss, ohne das bereits abzusehen wäre, auf der Grundlage welches Ansatzes sich eine Modifikation oder Ablösung der bisherigen Methodik vollziehen wird. Daher ist es in der gegenwärtigen „Brückenzeit“ nicht leicht zu beurteilen, ob Begründungsansätze wie „Wer Rechte hat, hat auch Pflichten“ als „noch falsch“ oder „schon richtig“ anzusehen sind bzw. auch in Zukunft im Lichte einer neuen Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität als weiterhin unzutreffend zu qualifizieren sein werden. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Diskussion im Schrifttum erscheint gleichwohl zumindest bereits jetzt die Vorhersage vertretbar, dass zukünftig vermehrt auf allgemeine Erwägungen wie die faktische Wirkungsmacht einer Akteurskategorie im internationalen System und die Zwecksetzung der internationalen Rechtsordnung Bezug genommen werden wird, um die Existenz und den Umfang der völkerrechtlichen Berechtigungs- und Pflichtsubjektivität einer Wirkungseinheit zu bestimmen.<sup>109</sup> Eine so gewandelte Methodik der Völkerrechtssubjek-

<sup>108</sup> Allgemein zum Zusammenhang zwischen dem Auftreten einer Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis und der daraus resultierenden Notwendigkeit einer Revision der entsprechenden Theorie bereits *Max Planck* in seiner Berliner Rektoratsrede vom 15. Oktober 1913: „Der erste Anstoß zu einer Revision und Umbildung einer [...] Theorie geht fast immer aus von der Feststellung einer oder mehrerer Tatsachen, die in den bisherigen Rahmen der Theorie nicht hineinpassen. Die Tatsachen bilden stets den Archimedischen Punkt, von dem aus auch die gewichtigste Theorie aus den Angeln gehoben werden kann.“, zitiert nach: *Kretzschmar*, *Max Planck als Philosoph*, 23; ebenso *Lubmann*, *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* 57 (1971), 1 (18) („Behält man jene Theorie bei, muß man die Fakten als alarmierenden Mißstand ansehen. Wissenschaftlicher wäre es jedoch, die Theorie angesichts der Fakten zu überprüfen.“); sowie speziell bezogen auf das Völkerrecht *Kaufmann*, *Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht* 2 (1908), 419 (438) („Die Theorie kann die Lebensstatsachen nicht ändern und hat kein Recht, jene, wenn sie sich im Widerspruch mit ihr befinden, zu verdrehen oder zu ignorieren. Vielmehr muss umgekehrt nach den wirklichen Vorgängen in der Welt die Theorie gestaltet und eventuell umgestaltet werden. Das gilt für alle ehrliche Wissenschaft. Das gilt auch für die Völkerrechtswissenschaft.“).

<sup>109</sup> Exemplarisch aus jüngerer Zeit *Tietje*, *BDGVR* 45 (2012), 243 (264) („Ausgangspunkt der völkerrechtlichen Erfassung einer Handlungseinheit ist dabei deren tatsächliche Bedeutung im internationalen System [...]“).

tivität wird nicht ohne Einfluss auf die normative Wahrnehmung zunehmend machtvollerer Steuerungssubjekte wie internationale Organisationen und NGOs bleiben. Es bedarf kaum einer Erwähnung, dass diese Aussage ebenso für die völkerrechtliche Rechts- und Pflichtenstellung transnationaler Unternehmen Geltung beanspruchen kann.

## SCHRIFTTUM

- Acconi*, Pia, Most-Favoured-Nation Treatment, in: Muchlinski, Peter/Ortino, Federico/Schreuer, Christoph (Hrsg.), *International Investment Law*, Oxford/New York 2008, 363-406.
- Acquaviva*, Guido, Subjects of International Law: A Power-Based Analysis, *Vanderbilt Journal of Transnational Law* 38 (2005), 345-396.
- Addo*, Michael K., The Corporation as a Victim of Human Rights Violations, in: ders. (Hrsg.), *Human Rights Standards and the Responsibility of Transnational Corporations*, The Hague/London/Boston 1999, 187-196.
- Alexy*, Robert, *Theorie der juristischen Argumentation*, 2. Auflage, Frankfurt am Main 1991.
- Allott*, Philip, *Eunomia – New Order for a New World*, Oxford/New York 1990.
- Alvarez*, José E., Are Corporations “Subjects” of International Law?, *Santa Clara Journal of International Law* 9 (2011), 1-35.
- Arnould*, Andreas von, *Völkerrecht*, Heidelberg/München/Landsberg u.a. 2012.
- Arzt*, Donna E./Lukashuk, Igor I., Participants in International Legal Relations, in: Damrosch, Lori Fisler/Danilenko, Gennady M./Müllerson, Rein (Hrsg.), *Beyond Confrontation – International Law for the Post-Cold War Era*, Boulder/San Francisco/Oxford 1995, 61-92.
- Avi-Yonah*, Reuven S., National Regulation of Multinational Enterprises: An Essay on Comity, Extraterritoriality, and Harmonization, *Columbia Journal of Transnational Law* 42 (2003), 5-34.
- Barberis*, Julio A., Nouvelles Questions Concernant la Personnalité Juridique Internationale, *Recueil des Cours* 179 (1983), 145-304.
- Bausback*, Winfried, Diskussionsbeitrag, *Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht* 42 (2007), 121-122.
- Bleckmann*, Albert, Zur Verbindlichkeit des allgemeinen Völkerrechts für internationale Organisationen, *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 37 (1977), 107-121.
- Böckstiegel*, Karl-Heinz, *Der Staat als Vertragspartner ausländischer Privatunternehmen*, Frankfurt am Main 1971.
- Braun*, Tillmann Rudolf, *Ausprägungen der Globalisierung: Der Investor als partielles Subjekt im Internationalen Investitionsrecht*, Baden-Baden 2012.
- The Effects of Globalization on the Development of International Investment Law, in: Hobe, Stephan (Hrsg.), *Globalisation – The State and International Law*, Stuttgart 2009, 51-60.
- Brownlie*, Ian, *Principles of Public International Law*, 7. Auflage, Oxford/New York 2008.
- Callies*, Christian, Grundpflichten und Bürgerverantwortung in der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK), in: Bröhmer, Jürgen (Hrsg.), *Der Grundrechtsschutz in Europa*, Baden-Baden 2002, 67-84.
- Carver*, Jeremy, Remedies for Wrongful Acts of Transnational Corporations: Alien Torts, BITs or International Compensation, in: International Law Association (Hrsg.), *Report of the Seventy-First Session held in Berlin 16-21 August 2004*, London 2004, 430-437.
- Cassese*, Antonio, *International Law*, 2. Auflage, Oxford/New York 2005.
- Charney*, Jonathan I., Transnational Corporations and Developing Public International Law, *Duke Law Journal* 1983, 748-788.

- Clapham*, Andrew, Human Rights Obligations of Non-State Actors, Oxford/New York 2006.
- Dahm*, Georg/*Delbrück*, Jost/*Wolftrum*, Rüdiger, Völkerrecht, Band I/2, 2. Auflage, Berlin 2002.
- Völkerrecht, Band I/1, 2. Auflage, Berlin/New York 1989.
- De Schutter*, Olivier, Sovereignty-plus in the Era of Interdependence: Toward an International Convention on Combating Human Rights Violations by Transnational Corporations, in: Bekker, Pieter H.F./Dolzer, Rudolf/Waibel, Michael (Hrsg.), Making Transnational Law Work in the Global Economy – Essays in Honour of Detlev Vagts, Cambridge 2010, 245-284.
- Delbrück*, Jost, Perspektiven für ein „Weltinnenrecht“? Rechtsentwicklungen in einem sich wandelnden Internationalen System, in: Jickeli, Joachim/Kreutz, Peter/Reuter, Dieter (Hrsg.), Gedächtnisschrift für Jürgen Sonnenschein, Berlin 2003, 793-809.
- Effektivität des UN-Gewaltverbots – Bedarf es einer Modifikation der Reichweite des Art. 2 (4) UN-Charta?, Die Friedens-Warte 74 (1999), 139-158.
- “Laws in the Public Interest” – Some Observations on the Foundations and Identification of *erga omnes* Norms in International Law, in: Götz, Volkmar/Selmer, Peter/Wolftrum, Rüdiger (Hrsg.), Liber amicorum Günther Jaenicke – Zum 85. Geburtstag, Berlin/Heidelberg/New York 1998, 17-36.
- Dhooge*, Lucien J., Human Rights for Transnational Corporations, Journal of Transnational Law & Policy 16 (2007), 197-249.
- Dine*, Janet, Companies, International Trade and Human Rights, Cambridge 2005.
- Doehring*, Karl, Völkerrecht, 2. Auflage, Heidelberg 2004.
- Dörr*, Oliver, „Privatisierung“ des Völkerrechts, JuristenZeitung 60 (2005), 905-916.
- Dolzer*, Rudolf/*Schreuer*, Christoph, Principles of International Investment Law, Oxford/New York 2008.
- Douglas*, Zachary, The International Law of Investment Claims, Cambridge 2009.
- Dugan*, Christopher F./*Wallace*, Don/*Rubins*, Noah/*Sabahi*, Borzu, Investor-State Arbitration, Oxford/New York 2008.
- Dumberry*, Patrick, L’Entreprise, Sujet de Droit International? Retour sur la Question a la Lumiere des Developpements Recents du Droit International des Investissements, Revue générale de droit international public 108 (2004), 103-122.
- Dupuy*, Pierre-Marie, Proliferation of Actors, in: Wolftrum, Rüdiger/Röben, Volker (Hrsg.), Developments of International Law in Treaty Making, Berlin/Heidelberg/New York 2005, 537-542.
- Eagleton*, Clyde, International Organization and the Law of Responsibility, Recueil des Cours 76 (1950), 319-425.
- Emmerich-Fritsche*, Angelika, Zur Verbindlichkeit der Menschenrechte für transnationale Unternehmen, Archiv des Völkerrechts 45 (2007), 541-565.
- Vom Völkerrecht zum Weltrecht, Berlin 2007.
- Epping*, Volker, Völkerrechtssubjekte, in: Ipsen, Knut, Völkerrecht, 5. Auflage, München 2004, 55-111.
- Fastenrath*, Ulrich, Die Verantwortlichkeiten transnationaler Unternehmen und anderer Wirtschaftsunternehmen im Hinblick auf die Menschenrechte, in: Schorlemer, Sabine von (Hrsg.), „Wir, die Völker (...)“ – Strukturwandel in der Weltorganisation, Frankfurt am Main 2006, 69-94.

- Fischer-Lescano, Andreas/Teubner, Gunther, Regime-Kollisionen – Zur Fragmentierung des globalen Rechts, Frankfurt am Main 2006.*
- Fleck, Dieter, Humanitarian Protection Against Non-State Actors, in: Frowein, Jochen Abr./Scharioth, Klaus/Winkelmann, Ingo/Wolfrum, Rüdiger (Hrsg.), Verhandeln für den Frieden/Negotiating for Peace – Liber Amicorum Tono Eitel, Berlin/Heidelberg/New York u.a. 2003, 69-94.*
- Focarelli, Carlo, International Law as Social Construct, Oxford 2012.*
- Friedmann, Wolfgang, The Changing Structure of International Law, New York 1964.*
- Frowein, Jochen Abr., Der Terrorismus als Herausforderung für das Völkerrecht, Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 62 (2002), 879-905.*
- Das Staatengemeinschaftsinteresse – Probleme bei Formulierung und Durchsetzung, in: Hailbronner, Kay/Ress, Georg/Stein, Torsten (Hrsg.), Staat und Völkerrechtsordnung – Festschrift für Karl Doehring, Berlin/Heidelberg/New York u.a. 1989, 219-228.
  - Das de facto-Regime im Völkerrecht, Köln/Berlin 1968.
- Geldermann, Heiner, Völkerrechtliche Pflichten multinationaler Unternehmen, Baden-Baden 2009.*
- Ghazi, Bahram, The IMF, the World Bank Group and the Question of Human Rights, Ardsley 2005.*
- Gianviti, François, Economic, Social, and Cultural Human Rights and the International Monetary Fund, in: Alston, Philip (Hrsg.), Non-State Actors and Human Rights, Oxford/New York 2005, 113-138.*
- Ginther, Konrad, Systemwandel und Theoriendynamik im Völkerrecht, in: Feuerstein, Peter/Parry, Clive (Hrsg.), Multum non Multa – Festschrift für Kurt Lipstein aus Anlass seines 70. Geburtstages, Heidelberg/Karlsruhe 1980, 31-56.*
- Green, Fergus, Fragmentation in Two Dimensions: The ICJ's Flawed Approach to Non-State Actors and International Legal Personality, Melbourne Journal of International Law 9 (2008), 47-77.*
- Griebel, Jörn, Internationales Investitionsrecht, München 2008.*
- Gutto, S.B.O., Violation of Human Rights in the Third World: Responsibility of States and TNCs, in: Snyder, Frederick E./Sathirathai, Surakiart (Hrsg.), Third World Attitudes Toward International Law, Dordrecht/Boston/Lancaster 1987, 275-292.*
- Hafner, Gerhard, The Rule of Law and International Organizations, in: Dicke, Klaus/Hobe, Stephan/Meyn, Karl-Ulrich/Peters, Anne/Riedel, Eibe/Schütz, Hans-Joachim/Tietje, Christian (Hrsg.), Weltinnenrecht – Liber amicorum Jost Delbrück, Berlin 2005, 307-314.*
- Hailbronner, Kay/Kau, Marcel, Der Staat und der Einzelne als Völkerrechtssubjekte, in: Graf Vitzthum, Wolfgang (Hrsg.), Völkerrecht, 5. Auflage, Berlin/New York 2010, 147-261.*
- Happ, Richard, Schiedsverfahren zwischen Staaten und Investoren nach Artikel 26 Energiechartavertrag, Frankfurt am Main 2000.*
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, Encyclopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse, 3. Auflage, Heidelberg 1830.*
- Heinemann, Andreas, Business Enterprises in Public International Law: The Case for an International Code on Corporate Responsibility, in: Fastenrath, Ulrich/Geiger, Rudolf/Khan, Daniel-Erasmus/Paulus, Andreas/Schorlemer, Sabine von/Vedder, Christoph (eds.), From Bilateralism to Community Interest – Essays in Honour of Judge Bruno Simma, Oxford/New York 2011, 718-735.*

- Hempel*, Michael, Die Völkerrechtssubjektivität internationaler nichtstaatlicher Organisationen, Berlin 1999.
- Herdegen*, Matthias, Völkerrecht, 11. Auflage, München 2012.
- Diskussionsbeitrag, in: Hofmann, Rainer (Hrsg.), Non-State Actors as New Subjects of International Law: International Law – From the Traditional State Order Towards the Law of the Global Community, Berlin 1999, 63-64.
- Heydte*, Friedrich August Freiherr von der, Rechtssubjekt und Rechtsperson im Völkerrecht, in: Constantopoulos, D.S./Eustathiades, C.Th./Fragistas, C.N. (Hrsg.), Grundprobleme des internationalen Rechts – Festschrift für Jean Spiropoulos, Bonn 1957, 237-255.
- Higgins*, Rosalyn, Problems and Process – International Law and how we use it, Oxford/New York 1994.
- Hillgruber*, Christian, Die Aufnahme neuer Staaten in die Völkerrechtsgemeinschaft, Frankfurt am Main/Berlin/Bern u.a. 1998.
- Hirsch*, Moshe, The International Responsibility of International Organizations towards Third Parties – Some Basic Principles, Dordrecht/Boston/London 1995.
- Hobe*, Stephan, Einführung in das Völkerrecht, 9. Auflage, Tübingen 2008.
- Enteignung zu Zwecken des Umweltschutzes: Zur ICSID Arbitration Compania del Desarrollo de Santa Elena, S.A. und Republik von Costa Rica (ILM 39 [2000], 1317), Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts 22 (2002), 249-251.
  - Der offene Verfassungsstaat zwischen Souveränität und Interdependenz, Berlin 1998.
- Hörreiter*, Isabel, Die Vereinten Nationen und Wirtschaftsunternehmen – Zwischen Kooperation und Kontrolle, Frankfurt am Main 2007.
- Hoffmeister*, Frank, Diskussionsbeitrag, Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht 42 (2007), 143.
- Hofmann*, Hasso, Grundpflichten und Grundrechte, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Band IX, 3. Auflage, Heidelberg 2011, 699-730.
- Hofmann*, Rainer, Diskussionsbeitrag, Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht 42 (2007), 134-136.
- Die Rechtskontrolle von Organen der Staatengemeinschaft, Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht 42 (2007), 1-41.
- Jägers*, Nicola M.C.P., Corporate Human Rights Obligations: In Search of Accountability, Antwerpen/Oxford/New York 2002.
- Jennings*, Sir Robert/*Watts*, Sir Arthur, Oppenheim's International Law, Band I, Introduction and Part 1, 9. Auflage, Harlow 1992.
- Jensen*, Nathan M., Nation-States and the Multinational Corporation, Princeton 2006.
- Kadelbach*, Stefan, Wandel und Kontinuitäten des Völkerrechts und seiner Theorie, in: Gröschner, Rolf/Morlok, Martin (Hrsg.), Rechtsphilosophie und Rechtsdogmatik in Zeiten des Umbruchs, Stuttgart 1997, 178-193.
- Kamminga*, Menno T., Corporate Social Responsibility and International Law, in: International Law Association (Hrsg.), Report of the Seventy-First Session held in Berlin 16-21 August 2004, London 2004, 422-427.
- Karl*, Wolfram, Aktuelle Entwicklungen im Internationalen Menschenrechtsschutz, in: Hummer, Waldemar (Hrsg.), Paradigmenwechsel im Völkerrecht zur Jahrtausendwende, Wien 2002, 275-321.



- Kaufmann*, Wilhelm, Die modernen nicht-staatlichen internationalen Verbände und Kongresse und das internationale Recht, Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht 2 (1908), 419-440.
- Kelsen*, Hans, Principles of International Law, 2. von Robert W. Tucker überarbeitete und herausgegebene Auflage, New York/Chicago/San Francisco u.a. 1966.
- Kempen*, Bernhard/*Hillgruber*, Christian, Völkerrecht, München 2007.
- Khan*, Daniel-Erasmus, Diskussionsbeitrag, Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht 42 (2007), 144-145.
- Klabbers*, Jan, (I Can't Get No) Recognition: Subjects Doctrine and the Emergence of Non-State Actors, in: Petman, Jarna/*Klabbers*, Jan (Hrsg.), Nordic Cosmopolitanism – Essays in International Law for Martti Koskenniemi, Leiden/Boston 2003, 351-369.
- Klabbers*, Jan/*Peters*, Anne/*Ulfstein*, Geir, The Constitutionalization of International Law, Oxford/New York 2009.
- Klein*, Eckart, Diskussionsbeitrag, Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht 42 (2007), 118-120.
- Kleinlein*, Thomas, Konstitutionalisierung im Völkerrecht, Heidelberg/Dordrecht/London u.a. 2012.
- Kline*, John M., Political Activities by Transnational Corporations: Bright Lines versus Grey Boundaries, Transnational Corporations 12 (Nr. 1, 2003), 1-25.
- Knox*, John H., Horizontal Human Rights Law, American Journal of International Law 102 (2008), 1-47.
- Koebeler*, Michael, Corporate Responsibility under the Alien Tort Claims Act, Leiden 2009.
- Köster*, Constantin, Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit privater (multinationaler) Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen, Berlin 2010.
- Koh*, Harold Hongju, Separating Myth from Reality about Corporate Responsibility Litigation, Journal of International Economic Law 7 (2004), 263-274.
- Krajewski*, Markus, Rechtliche Steuerung transnationaler Unternehmen, in: Giegerich, Thomas (Hrsg.), Internationales Wirtschafts- und Finanzrecht in der Krise, Berlin 2011, 35-70.
- Kretzschmar*, Hermann, Max Planck als Philosoph, München/Basel 1967.
- Kriebaum*, Ursula, Is the European Court of Human Rights an Alternative to Investor-State Arbitration?, in: Dupuy, Pierre-Marie/*Francioni*, Francesco/*Petersmann*, Ernst-Ulrich (Hrsg.), Human Rights in International Investment Law and Arbitration, Oxford/New York 2009, 219-245.
- Kulick*, Andreas, Global Public Interest in International Investment Law, Cambridge 2012.
- Kunig*, Philip, Das Völkerrecht und die Interessen der Bevölkerung, in: Dupuy, Pierre-Marie/*Fassbender*, Bardo/*Shaw*, Malcolm N./*Sommermann*, Karl-Peter (Hrsg.), Völkerrecht als Wertordnung – Festschrift für Christian Tomuschat, Kehl/Strasbourg/Arlington 2006, 377-387.
- Lauterpacht*, Elihu, International Law and Private Foreign Investment, Indiana Journal of Global Legal Studies 4 (1997), 259-276.
- Lauterpacht*, Sir Hersch, Private Law Sources and Analogies of International Law, London 1927.
- Lim*, C.L., Authority and Personality: Non-State Entities as Law-Givers?, in: Harding, Christopher/*Lim*, C.L. (Hrsg.), Renegotiating Westphalia – Essays and Commentary on the

- European and Conceptual Foundations of Modern International Law, The Hague/ Boston/London 1999, 53-94.
- Lowenfeld*, Andreas F., *International Economic Law*, 2. Auflage, Oxford/New York 2008.
- Luchterhandt*, Otto, *Grundpflichten als Verfassungsproblem in Deutschland*, Berlin 1988.
- Luhmann*, Niklas, *Das Recht der Gesellschaft*, Frankfurt am Main 1995.
- Die Weltgesellschaft, *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* 57 (1971), 1-35.
- Malanczuk*, Peter, Diskussionsbeitrag, in: Hofmann, Rainer (Hrsg.), *Non-State Actors as New Subjects of International Law: International Law – From the Traditional State Order Towards the Law of the Global Community*, Berlin 1999, 155-158.
- Akehurst's *Modern Introduction to International Law*, 7. Auflage, London/New York 1997.
- McBeth*, Adam, *International Economic Actors and Human Rights*, London/New York 2010.
- McCorquodale*, Robert, An Inclusive International Legal System, *Leiden Journal of International Law* 17 (2004), 477-504.
- McLachlan*, Campbell/*Shore*, Laurence/*Weiniger*, Matthew, *International Investment Arbitration*, Oxford/New York 2007.
- Mégret*, Frédéric/*Hoffmann*, Florian, The UN as a Human Rights Violator? Some Reflections on the United Nations Changing Human Rights Responsibilities, *Human Rights Quarterly* 25 (2003), 314-342.
- Meijknecht*, Anna, *Towards International Personality: The Position of Minorities and Indigenous Peoples in International Law*, Antwerpen/Groningen/Oxford 2001.
- Menon*, P. K., The International Personality of Individuals in International Law: A Broadening of the Traditional Doctrine, *Journal of Transnational Law & Policy* 1 (1992), 151-182.
- Miller*, Russell A., Paradoxes of Personality: Transnational Corporations, Non-Governmental Organizations and Human Rights in International Law, in: ders./Bratspies, Rebecca M. (Hrsg.), *Progress in International Law*, Leiden u.a. 2008, 381-406.
- Morgera*, Elisa, *Corporate Accountability in International Environmental Law*, Oxford/New York 2009.
- Mosler*, Hermann, Subjects of International Law, in: Bernhardt, Rudolf (Hrsg.), *Encyclopedia of Public International Law*, Band IV, Amsterdam/London/New York u.a. 2000, 710-727.
- Réflexions sur la Personnalité Juridique en Droit International Public, in: *Mélanges Offerts à Henri Rolin – Problèmes de Droit des Gens*, Paris 1964, 228-251.
  - Die Erweiterung des Kreises der Völkerrechtssubjekte, *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 22 (1962), 1-48.
  - Die Erweiterung des Kreises der Völkerrechtssubjekte, *Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht* 4 (1961), 39-79.
- Muchlinski*, Peter, Multinational Enterprises as Actors in International Law: Creating 'Soft Law' Obligations and 'Hard Law' Rights, in: Noortmann, Math/Ryngaert, Cedric (Hrsg.), *Non-State Actor Dynamics in International Law*, Farnham/Burlington 2010, 9-39.
- *Multinational Enterprises and the Law*, 2. Auflage, Oxford/New York 2007.
  - Human Rights and Multinationals: Is there a Problem?, *International Affairs* 77 (2001), 31-47.

- Nijman*, Janne Elisabeth, *The Concept of International Legal Personality – An Inquiry into the History and Theory of International Law*, Leiden 2004.
- Nöll*, Hans-Heinrich, *Die Völkerrechtssubjektivität der Europäischen Gemeinschaften und deren Bindung an das allgemeine Völkerrecht*, Baden-Baden 1986.
- Nowrot*, Karsten, *Obligations of Investors*, in: Bungenberg, Marc/Griebel, Jörn/Hobe, Stephan/Reinisch, August (Hrsg.), *International Investment Law* (im Erscheinen).
- Steuerungssubjekte und -mechanismen im Internationalen Wirtschaftsrecht (einschließlich regionale Wirtschaftsintegration), in: Tietje, Christian (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, Berlin 2009, 61-144.
  - Den „Kinderschuhen“ entwachsen: Die (Wieder-)Entdeckung der rechtssoziologischen Perspektive in der Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität, *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 28 (2007), 21-48.
  - Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht – Konsequenzen der Beteiligung transnationaler Unternehmen an den Rechtssetzungsprozessen im internationalen Wirtschaftssystem, Berlin 2006.
  - Reconceptualising International Legal Personality of Influential Non-State Actors: Towards a Rebuttable Presumption of Normative Responsibilities, *Philippine Law Journal* 80 (2006), 563-586.
  - Nun sag, wie hast du’s mit den Global Players? Fragen an die Völkerrechtsgemeinschaft zur internationalen Rechtsstellung transnationaler Unternehmen, *Die Friedens-Warte* 79 (2004), 119-150.
- Nowrot*, Karsten/*Wardin*, Yvonne, *Liberalisierung der Wasserversorgung in der WTO-Rechtsordnung – Die Verwirklichung des Menschenrechts auf Wasser als Aufgabe einer transnationalen Verantwortungsgemeinschaft*, Halle/Saale 2003.
- Odendahl*, Kerstin, *Kulturgüterschutz*, Tübingen 2005.
- Oeter*, Stefan, *Gemeinwohl in der Völkerrechtsgemeinschaft*, in: Brugger, Winfried/Kirste, Stephan/Anderheiden, Michael (Hrsg.), *Gemeinwohl in Deutschland, Europa und der Welt*, Baden-Baden 2002, 215-243.
- Oppermann*, Thomas/*Classen*, Claus Dieter/*Nettesheim*, Martin, *Europarecht*, 5. Auflage, München 2011.
- Paulus*, Andreas L., *Die internationale Gemeinschaft im Völkerrecht – Eine Untersuchung zur Entwicklung des Völkerrechts im Zeitalter der Globalisierung*, München 2001.
- Payandeh*, Mehrdad, *Internationales Gemeinschaftsrecht*, Heidelberg/Dordrecht/London u.a. 2010.
- Peters*, Anne, *Völkerrecht – Allgemeiner Teil*, 2. Auflage, Zürich/Basel/Genf 2008.
- Sind transnationale Unternehmen verpflichtet, (internationale) Menschenrechte zu respektieren und zu fördern?, in: Kirchschläger, P. G. u.a. (Hrsg.), *Menschenrechte und Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen State und Nonstate Actors*, Bern 2005, 127-135.
- Peterson*, Luke E., *Human Rights and Bilateral Investment Treaties*, Montreal 2009.
- Portmann*, Roland, *Legal Personality in International Law*, Cambridge 2010.
- Puttler*, Adelheid, *Diskussionsbeitrag*, *Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht* 42 (2007), 124-125.
- Randelzhofer*, Albrecht, *Grundrechte und Grundpflichten*, in: Merten, Detlef/Papier, Hans-Jürgen (Hrsg.), *Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa*, Band II, Heidelberg 2006, 595-624.

- Rauschning*, Dietrich, Diskussionsbeitrag, Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht 42 (2007), 120-121.
- Reiner*, Clara/*Schreuer*, Christoph, Human Rights and International Investment Arbitration, in: Dupuy, Pierre-Marie/Francioni, Francesco/Petersmann, Ernst-Ulrich (Hrsg.), Human Rights in International Investment Law and Arbitration, Oxford/New York 2009, 82-96.
- Reinisch*, August, Internationales Investitionsschutzrecht, in: Tietje, Christian (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, Berlin 2009, 346-374.
- The Changing International Legal Framework for Dealing with Non-State Actors, in: Alston, Philip (Hrsg.), Non-State Actors and Human Rights, Oxford/New York 2005, 37-89.
  - Developing Human Rights and Humanitarian Law Accountability of the Security Council for the Imposition of Economic Sanctions, American Journal of International Law 95 (2001), 851-872.
  - Governance Without Accountability?, German Yearbook of International Law 44 (2001), 270-306.
  - Securing the Accountability of International Organizations, Global Governance 7 (2001), 131-149.
- Ress*, Georg, Diskussionsbeitrag, Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht 42 (2007), 122-123.
- Rodley*, Nigel S., Can Armed Opposition Groups Violate Human Rights?, in: Mahoney, Kathleen E./Mahoney, Paul (Hrsg.), Human Rights in the Twenty-First Century: A Global Challenge, Dordrecht/Boston 1993, 297-318.
- Roth*, Brad R., Governmental Illegitimacy in International Law, Oxford/New York 1999.
- Ruffert*, Matthias, The Protection of Foreign Direct Investment by the European Convention on Human Rights, German Yearbook of International Law 43 (2000), 116-148.
- Ruggie*, John G., Business and Human Rights: The Evolving International Agenda, American Journal of International Law 101 (2007), 819-840.
- Saladin*, Peter, Verantwortung als Staatsprinzip, Bern/Stuttgart 1984.
- Saul*, Ben, In the Shadow of Human Rights: Human Duties, Obligations, and Responsibilities, Columbia Human Rights Law Review 32 (2001), 565-624.
- Schlemmer-Schulte*, Sabine, Internationales Währungs- und Finanzrecht, in: Tietje, Christian (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, Berlin 2009, 375-431.
- Schmalenbach*, Kirsten, Multinationale Unternehmen und Menschenrechte, Archiv des Völkerrechts 39 (2001), 57-81.
- Schmidt*, Reiner, Der Verfassungsstaat im Wandel, in: Eberle, Carl-Eugen/Ibler, Martin/Lorenz, Dieter (Hrsg.), Der Wandel des Staates vor den Herausforderungen der Gegenwart – Festschrift für Winfried Brohm zum 70. Geburtstag, München 2002, 535-545.
- Schoen*, Paul, Zur Lehre von den Subjekten des Völkerrechts, Zeitschrift für Völkerrecht 23 (1939), 411-448.
- Schoiswohl*, Michael, Status and (Human Rights) Obligations of Non-Recognized *De Facto* Regimes in International Law: The Case of ‘Somaliland’, Leiden/Boston 2004.
- *De Facto* Regimes and Human Rights Obligations – The Twilight Zone of Public International Law?, Austrian Review of International and European Law 6 (2001), 45-90.

- Schreuer*, Christoph, Consent to Arbitration, in: Muchlinski, Peter/Ortino, Federico/Schreuer, Christoph (Hrsg.), *International Investment Law*, Oxford/New York 2008, 830-867.
- Die Bindung Internationaler Organisationen an völkerrechtliche Verträge ihrer Mitgliedstaaten, in: Ginther, Konrad/Hafner, Gerhard/Lang, Winfried/Neuhold, Hanspeter/Sucharipa-Behrmann, Lilly (Hrsg.), *Völkerrecht zwischen normativem Anspruch und politischer Realität – Festschrift für Karl Zemanek zum 65. Geburtstag*, Berlin 1994, 223-250.
- Schreuer*, Christoph/*Malintoppi*, Loretta/*Reinisch*, August/*Sinclair*, Anthony, *The ICSID Convention – A Commentary*, 2. Auflage, Cambridge 2009.
- Schuppert*, Gunnar Folke, *Staatswissenschaft*, Baden-Baden 2003.
- Schwartzmann*, Rolf, *Private im Wirtschaftsvölkerrecht*, Tübingen 2005.
- Shaw*, Malcolm N., *International Law*, 6. Auflage, Cambridge 2008.
- Simma*, Bruno (Hrsg.), *The Charter of the United Nations – A Commentary*, Band 1, 2. Auflage, Oxford 2002.
- From Bilateralism to Community Interest in International Law, *Recueil des Cours* 250 (1994), 217-384.
- Spiermann*, Ole, Individual Rights, State Interests and the Power to Waive ICSID Jurisdiction under Bilateral Investment Treaties, *Arbitration International* 20 (2004), 179-211.
- Stein*, Torsten/*Buttlar*, Christian von, *Völkerrecht*, 13. Auflage, München 2012.
- Steinberg*, Rudolf, *Der ökologische Verfassungsstaat*, Frankfurt am Main 1998.
- Teubner*, Gunther, *Verfassungsfragmente – Gesellschaftlicher Konstitutionalismus in der Globalisierung*, Berlin 2012.
- Die anonyme Matrix: Zu Menschenrechtsverletzungen durch „private“ transnationale Akteure, *Der Staat* 45 (2006), 161-187.
  - Globale Zivilverfassungen: Alternativen zur staatszentrierten Verfassungstheorie, *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 63 (2003), 1-28.
- Thürer*, Daniel, Comment, in: Zimmermann, Andreas/Hofmann, Rainer (Hrsg.), *Unity and Diversity in International Law*, Berlin 2006, 339-344.
- The Emergence of Non-Governmental Organizations and Transnational Enterprises in International Law and the Changing Role of the State, in: Hofmann, Rainer (Hrsg.), *Non-State Actors as New Subjects of International Law: International Law – From the Traditional State Order Towards the Law of the Global Community*, Berlin 1999, 37-58.
- Tietje*, Christian, Architektur der Weltfinanzordnung, *Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht* 45 (2012), 243-281.
- Diskussionsbeitrag, *Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht* 45 (2012), 322-324.
  - Individualrechte im Menschenrechts- und Investitionsschutzbereich – Kohärenz von Staaten- und Unternehmensverantwortung?, Halle/Saale 2012.
  - Grundstrukturen, Rechtsstand und aktuelle Herausforderungen des internationalen Investitionsschutzrechts, in: Giegerich, Thomas (Hrsg.), *Internationales Wirtschafts- und Finanzrecht in der Krise*, Berlin 2011, 11-33.
  - Internationaler Investitionsrechtsschutz, in: Ehlers, Dirk/Schoch, Friedrich (Hrsg.), *Rechtsschutz im Öffentlichen Recht*, Berlin 2009, 63-97.

- The Applicability of the Energy Charter Treaty in ICSID Arbitration of EU Nationals vs. EU Member States, Halle/Saale 2008.
  - The Law Governing the Settlement of International Investment Disputes – Structures and Recent Developments, in: ders. (Hrsg.), International Investment Protection and Arbitration – Theoretical and Practical Perspectives, Berlin 2008, 17-33.
  - Die EMRK als Bestandteil einer transnationalen europäischen Rechtsordnung, in: Renzikowski, Joachim (Hrsg.), Die EMRK im Privat-, Straf- und Öffentliches Recht – Grundlagen einer europäischen Rechtskultur, Zürich/Basel/Genf 2004, 179-196.
  - Grundstrukturen und aktuelle Entwicklungen des Rechts der Beilegung internationaler Investitionsstreitigkeiten, Halle/Saale 2003.
  - Die Staatsrechtslehre und die Veränderung ihres Gegenstandes: Konsequenzen von Europäisierung und Internationalisierung, Deutsches Verwaltungsblatt 118 (2003), 1081-1096.
- Tietje, Christian/Nowrot, Karsten*, Völkerrechtliche Aspekte militärischer Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus, Neue Zeitschrift für Wehrrecht 44 (2002), 1-18.
- Tietje, Christian/Nowrot, Karsten/Wackernagel, Clemens*, Once and Forever? The Legal Effects of a Denunciation of ICSID, Halle/Saale 2008.
- Tietje, Christian/Szodruch, Alexander*, Staatsnotstand bei Staateninsolvenz – Individualrechte und Gemeinwohlbelange im transnationalen Wirtschaftsrecht, Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft 19 (2007), 498-503.
- Tomuschat, Christian*, The European Court of Human Rights and Investment Protection, in: Binder, Christina/Kriebaum, Ursula/Reinisch, August/Wittich, Stephan (Hrsg.), International Investment Law for the 21st Century – Essays in Honour of Christoph Schreuer, Oxford/New York 2009, 636-656.
- Human Rights – Between Idealism and Realism, 2. Auflage, Oxford/New York 2008.
  - The Applicability of Human Rights Law to Insurgent Movements, in: Fischer, Horst/Froissart, Ulrike/Heintschel von Heinegg, Wolf/Raap, Christian (Hrsg.), Krisensicherung und Humanitärer Schutz – Festschrift für Dieter Fleck, Berlin 2004, 573-591.
  - International Law: Ensuring the Survival of Mankind on the Eve of a New Century, Recueil des Cours 281 (1999), 9-438.
  - Grundpflichten des Individuums nach Völkerrecht, Archiv des Völkerrechts 21 (1983), 289-315.
- Tully, Stephen*, Corporations and International Lawmaking, Boston/Leiden 2007.
- Verdross, Alfred*, Völkerrecht, 5. Auflage, Wien 1964.
- Verdross, Alfred/Simma, Bruno*, Universelles Völkerrecht, 3. Auflage, Berlin 1984.
- Volkmann, Uwe*, Veränderungen der Grundrechtsdogmatik, JuristenZeitung 60 (2005), 261-271.
- Weiß, Norman*, Transnationale Unternehmen – weltweite Standards? Eine Zwischenbilanz des Global Compact, MenschenRechtsMagazin 7 (2002), 82-89.
- Wengler, Wilhelm*, Völkerrecht, Band 1, Berlin/Göttingen/Heidelberg 1964.
- Der Begriff des Völkerrechtssubjektes im Lichte der politischen Gegenwart, Die Friedenswarte 51 (1951/53), 113-142.
- Wildhaber, Luzius*, Multinationale Unternehmen und Völkerrecht, Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht 18 (1978), 7-71.
- Wilson, Andrew J.*, Beyond *Unocal*: Conceptual Problems in Using International Norms to Hold Transnational Corporations Liable under the Alien Tort Claims Act, in: De Schut-

- ter, Olivier (Hrsg.), *Transnational Corporations and Human Rights*, Oxford 2006, 43-72.
- Wolftrum*, Rüdiger, Enforcing Community Interests Through International Dispute Settlement: Reality or Utopia?, in: Fastenrath, Ulrich/Geiger, Rudolf/Khan, Daniel-Erasmus/Paulus, Andreas/Schorlemer, Sabine von/Vedder, Christoph (Hrsg.), *From Bilateralism to Community Interest – Essays in Honour of Judge Bruno Simma*, Oxford/New York 2011, 1132-1145.
- Wormuth*, Wolfram, *Die Bedeutung des Europarechts für die Entwicklung des Völkerrechts*, Frankfurt am Main/Berlin/Bern u.a. 2004.
- Zemanek*, Karl, The Legal Foundations of the International System, *Recueil des Cours* 266 (1997), 9-336.
- Zerk*, Jennifer A., *Multinationals and Corporate Social Responsibility – Limits and Opportunities in International Law*, Cambridge 2006.

## **Beiträge zum Europa- und Völkerrecht**

ISSN 1868-1182 (print)  
ISSN 1868-1190 (elektr.)

### **Bislang erschienene Hefte**

- Heft 1 Gunnar Franck, Die horizontale unmittelbare Anwendbarkeit der EG-Grundfreiheiten – Grundlagen und aktuelle Entwicklung, Januar 2009, ISBN 978-3-86829-086-8
- Heft 2 Jonas Finke, Private Sicherheitsunternehmen im bewaffneten Konflikt, Januar 2009, ISBN 978-3-86829-088-2
- Heft 3 Daniel Scharf, Die Kompetenzordnung im Vertrag von Lissabon – Zur Zukunft Europas: Die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon, Januar 2009, ISBN 978-3-86829-111-7
- Heft 4 Manazha Nawparwar, Die Außenbeziehungen der Europäischen Union zu internationalen Organisationen nach dem Vertrag von Lissabon, Mai 2009, ISBN 978-3-86829-143-8
- Heft 5 Julia Schaarschmidt, Die Reichweite des völkerrechtlichen Immunitätsschutzes – Deutschland v. Italien vor dem IGH, Februar 2010, ISBN 978-3-86829-245-9
- Heft 6 Roland Kläger, Die Entwicklung des allgemeinen völkerrechtlichen Fremdenrechts – unter besonderer Berücksichtigung seiner Wechselwirkungen mit dem internationalen Investitionsschutzrecht –, Juli 2011, ISBN 978-3-86829-382-1
- Heft 7 Karsten Nowrot, „Wer Rechte hat, hat auch Pflichten!“? Zum Zusammenhang zwischen völkerrechtlichen Rechten und Pflichten transnationaler Unternehmen, August 2012, ISBN 978-3-86829-512-2